



www.rosen-web.de.vu

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

JUGENDINFO FÜR PANKOW PBERG WEISSENSEE BERNAU
SEPTEMBER 2009

NR 11
3-Jahrgang

**INFOS ZUR WAHL
ZENSUR IM INTERNET
DIE ROTE KAPELLE**

Intro & Inhalt

Wenn ihr diese Zeitung in der Hand haltet, sind die Sommerferien vorbei. Traurig, aber wahr. Deshalb gibts von uns wieder ein bisschen was zu Lesen für die Pausen und dazwischen.

Auch wir haben in den letzten Monaten viel erlebt und uns Gedanken gemacht, mit welchen Themen wir die Zeitung füllen können. Keine Überraschung ist: Es ist wieder ziemlich viel Politik dabei.

Das Thema „*Sexualität*“, das ja schon einmal Platz in dieser Zeitung fand, wird jetzt häufiger zu finden sein. Eröffnet wird diese Reihe mit dem grandiosen Text „*Von Gewissheiten und Spielregeln*“, den wir aus dem Antisexismus-Reader „*ASISM_03*“ entwendet haben.

Da die Zeitung noch kurz vor der Wahl rauskommt, schreiben wir natürlich auch dazu was. Nein, keine Angst. Keine Wahlempfehlungen. Eher ein paar Gedanken darüber hinaus. Warum das alles? Und wem nützt es?

Der Iran ist seit Monaten Thema. Wir haben die Gelegenheit genutzt und 2 Exil-Iraner_innen interviewt.

Wie immer gilt: Wenn ihr Anmerkungen, Lob, Kritik oder eigene Texte habt, dann schreibt uns Mails. Einfach an die jeweilige Gruppe, die den Artikel verfasst hat. Viel Spaß beim Lesen.

03 - Chronik Mai 2009 bis August 2009

04 - Übergriff in Fhain // APB

05 - Bildungsstreik // APB

06 - Wir haben keine Wahl // „Keine Wahl“-Bündnis

08 - CDU erhört deine Stimme // EAG

09 - Hau mir ab mit Gottfried Ludewig // NEA

12 - Pankow. Der Kahlschlag geht weiter // EAG

14 - 1000 Kreuze in die Spree // No218-Bündnis

16 - Ausstellung: Vom Anbeginn zum Neubeginn // BdA

17 - Special: Interview zur aktuellen Lage im Iran // EAG

25 - Stellungnahme zum „Neffen & Nichten“

28 - DHL & Bundeswehr // APB

30 - Internetzensur // APB

32 - Von Gewissheiten und Spielregeln // Desperados

34 - Die Rote Kapelle // EAG

37 - Anzeigen

38 - Termine

39 - Links & Locations

40- Gedicht: Victor Jara

Impressum:

Die Texte dieses Heftes geben nur die Meinung der jeweiligen Autor_innen wieder.

Die Verteiler_innen des Hefts sind nicht mit den Macher_innen identisch. Wir verwenden die geschlechtsneutrale Form „_innen“, um neben dem männlichen und weiblichen Geschlecht auch Transgendern und anderen Rechnung zu tragen. (Bei Fragen und Anregungen schreibt einfach den beteiligten Gruppen eine Mail.)

V.i.S.d.P.: Greta Schloch,
Berliner Straße 8a, 13187
Berlin

Chronik

rechter Aktivitäten im Großbezirk Pankow in den Monaten Mai bis August 2009.



29.08.2009

Die NPD führt ohne Anmeldung einen Stand auf dem Weissenseer Blumenfest durch. Sie müssen an den Festrand umziehen. Anschließend führen sie in Heinersdorf einen weiteren Stand durch.

08.08.2009

Ein Paar wird in der Elsa-Brändström-Straße rassistisch beleidigt und angegriffen. Als sich Passant_innen einmischen fliehen die Angreifer und zeigen den Hitler-Gruß.

28.07.2009

In einer Kleingartenanlage am Rosenthaler Weg wird ein Mann rassistisch beleidigt.

07.07.2009

Gegen 21 Uhr bedrohen in der Seelower Straße zwei Männer zunächst eine Anwohnerin und brüllen dann antisemitische Parolen.

03.07.2009

In Pankow werden Flyer gesteckt, auf denen zum Boykott israelischer Waren aufgerufen wird.

29.06.2009

Mitglieder der ipahb filmen die Besucher_innen einer Spielplatzzeröffnung auf dem Gelände der Moschee. In der Florastraße werden Aufkleber des NW Berlin zum Thema Umweltschutz gefunden.

28.06.2009

Am S-Bahnhof Pankow werden Hakenkreuz- und „Sieg Heil“-Schmierereien entdeckt.

26.06.2009

In Pankow-Niederschönhausen wird ein gesprühtes „SS“-Logo entdeckt.

22.06.2009

Zwei Männer ziehen in der Nacht u.a. durch die Gaudystraße und brüllen Naziparolen.

Mitte Juni

In der Nähe des S-Bahnhofs Bornholmer Straße, am Weissen See, in der Pistoriusstraße und in Heinersdorf werden Aufkleber und Plakate zum Thema 17.Juni 1953 entdeckt.

Am Ausgang des Broseparkes in Niederschönhausen befindet sich ein gesprühtes Hakenkreuz.

22.05.2009

Zwei Jugendliche beleidigen in der Erich-Weinert-Straße einen 17jährigen rassistisch und greifen ihn an.

21.05.2009

Am „Männertag“ kommen ca. 40-50 alkoholisierte und teilweise als rechtsextrem erkennbare Personen mit einem Zug aus Brandenburg am Bahnhof Karow an und bepöbeln auf dem Bahnsteig Passant_innen.

16.05.2009

Die NPD-Pankow führt Stände in Wilhelmshagen und Heinersdorf durch.

12.05.2009

In der Neumannstraße werden Plakate zum 8.Mai entdeckt.

08.05.2009

Die NPD-Pankow hält eine Versammlung auf dem Friedhof in Blankenfelde ab.

Chronik:

Diese Zusammenstellung basiert auf den Chroniken der Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe, der Antifa Prenzlauer Berg, der Antifaschistischen Schüler_innen-Vernetzung, der Antifa Klein-Pankow und von [solid'] Pankow. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sammlungen dieser Art sind vor allem davon abhängig, dass Betroffene von Naziaktionen diese öffentlich machen. Wenn du Opfer oder Zeug_in einer Naziaktion, eines Übergriffs oder von Propaganda-Aktionen wirst, melde diese bitte unter folgender E-Mail-Adresse: eag-berlin@riseup.net

Schwerer Naziübergriff in Friedrichshain

In den frühen Morgenstunden des 12. Julis verletzten vier Neonazis einen 22jährigen Neuköllner am S-Bhf. Frankfurter Allee lebensgefährlich. Von Antifa Prenzlauer Berg

Die vier Täter waren kurz vorher schon aufgefallen als sie eine verbale und tätliche Auseinandersetzung mit zehn Jugendlichen, die alternativ gekleidet waren, suchten. Danach pöbelten die Neonazis willkürlich Passant_innen an, die sich im Gang zwischen S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee befanden, bis sie letztlich in dem 22jährigen linken Jugendlichen, der auf dem Weg zur S-Bahn war, ihr Opfer fanden.

Auf diesen prügelten die vier Männer so lange ein, bis er das Bewusstsein verlor. Einer der Neonazis zog den wehrlosen Neuköllner dann auf den Gehweg, legte ihn mit dem Gesicht nach unten ab und trat mit dem rechten Fuß auf dessen Hinterkopf. Der Betroffene überlebte nur knapp und erwachte erst Tage später aus dem Koma.

Die vier Täter aus Königs Wusterhausen und Umgebung wurden festgenommen

und einen Tag später in Untersuchungshaft genommen. Sie sind bereits zuvor als Nazis aufgefallen und waren vor der Tat in der Diskothek „Jeton“ feiern. Diese ist bereits in der Vergangenheit wegen ihres rechten und rechtsoffenen Publikums aufgefallen. Auf Grund der Ereignisse versammelten sich am 18. Juli über 4000 Menschen in Friedrichshain, um gegen Nazigewalt und rechte Treffpunkte zu demonstrieren. Besonders skandalös ist das Verhalten der Berliner Polizei. Diese versucht den Naziübergriff als „Rechts-Links-Auseinandersetzung“ darzustellen und ermittelt auch gegen den Betroffenen. Des weiteren wurde ein Zeuge, der bei der Polizei eine Aussage machen wollte, durch die Nazis belastet, er habe sie vorher angegriffen. Seine Wohnung wurde von der Polizei durchsucht und er über 24 Stunden festgehalten.



Die Neonazis vor dem Angriff in der Disco „Jeton“



Bildungsstreik in Berlin

15.000 Menschen gingen in Berlin für bessere Bildung auf die Straße. Grund für einen kleinen Rückblick.

Von Antifa Prenzlauer Berg



Am 17. Juni diesen Jahres gingen bundesweit über 260.000 Schüler_innen und Studierende auf die Straße, um im Zuge des bundesweiten Bildungsstreiks auf die katastrophalen Bildungsbedingungen in Deutschland aufmerksam zu machen. Allein in Berlin beteiligten sich ca. 27.000 Menschen an der zentralen Demonstration. Dabei kritisierten sie die zunehmende Ökonomisierung der Bildung, welche sich in Studiengebühren und Privatisierung zeigt und forderten unter anderem die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, kostenlose Bildung für alle und eine Demokratisierung des Bildungssystems. Bei den Studierenden stand der Bachelor/Master im Fokus der Kritik. So wandten sie sich vor allem gegen die zunehmende Verschulung des Studiums, Regelstudienzeit, Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen.

Neben dem Aktionstag, an dem in fast 100 Städten Demonstrationen stattfanden,

gab es auch in den Tagen davor und danach weitere Aktionen, mit denen den Forderungen Nachdruck verliehen werden sollte.

So wurden zum Beispiel Vorlesungen boykottiert, Institute besetzt und gut besuchte Vollversammlungen an den Hochschulen abgehalten. Des Weiteren gab es in mehreren Städten, unter anderem auch in Berlin, symbolische Banküberfälle. Diese sollten darauf hinweisen, dass im Zuge der Wirtschaftskrise 500 Milliarden Euro zur Rettung von maroden Banken bereit gestellt wurden, in der Bildungspolitik aber jeder Pfennig umgedreht wird. Sehr oft waren aber auch linksradikale Inhalte zu vernehmen. Hierbei wurde betont, dass eine wirklich freie und selbstbestimmte Bildung im Kapitalismus nicht möglich ist. So kam es auch vereinzelt zu Aktionen zivilen Ungehorsams. In Mainz wurde zum Beispiel während einer Demonstration der Landtag gestürmt.

Mehr Infos unter:
www.bildungsstreik.net

WIR HABEN KEINE WAHL!

GEGEN WAHLEN! FÜR SELBSTORGANISATION STATT STELLVERTRETER_INNENPOLITIK!

[Kampagne gegen die Bundestagswahl 2009]

Am 27. September ist es wieder so weit: wir dürfen den deutschen Bundestag wählen. Wir sind dazu aufgefordert, zu wählen, wer die kommenden vier Jahre das Recht hat, uns zu regieren. Wir haben also die Wahl, wer uns regiert? Allein die Vorstellung, dass uns überhaupt

Der Wähler ist nach der Verfassungsnorm als Stimme nur Mittel zur Machtverteilung und Machtgewinnung der Parteien.
(Johannes Agnoli)

irgendjemand zu regieren hat, befremdet uns. Wählen zu gehen bedeutet, anstatt für die eigenen Interessen einzutreten, diese ureigenste Aufgabe an andere abzugeben. Unser Stimmzettel in der Wahlurne ist das Ja! zu unserer eigenen Entmündigung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Wahlen die immer mieser werdenden sozialen Verhältnisse nicht ändern, geschweige denn abschaffen können. Für den Kapitalismus ist die parlamentarische Demokratie derzeit in vielen Län-

dern dessen beste Verwaltungsform. Wenn vom so genannten Gemeinwohl (Löhne, Krankenversorgung usw.) die Rede ist, das im Parlament ausgehandelt wird und für das wir wählen gehen sollen, dann ist damit in erster Linie das Abstecken von Eigentums- und Machtverhältnissen gemeint. Demokratie bedeutet in erster Linie zu wählen, wer welches Stück vom Kuchen bekommt. Deswegen stellt der Parlamentarismus keine Lösung unserer Probleme dar. Vielmehr ist er selbst Teil des Problems. Für uns ist darum klar, dass wir uns an der Wahl nicht beteiligen werden.

Das Wahlboykott-Postfach

Was wir aber machen werden, ist, uns Gehör zu verschaffen. An dieser Stelle kommt das Wahlboykott-Postfach ins Spiel. Hier kann der eigene Wahlbescheid (bis zum 19. September) eingesandt oder eingeworfen werden. Wir zählen die Bescheide zeitnah zur Wahl aus. Kurz vor der Wahl veröffentlichen wir über unsere Pressearbeit, so wie am 26. September auf der zentralen Anti-

Wahl-Demo in Berlin die Ergebnisse. So und nicht anders können wir im Trubel des Wahlzirkus und dem festgeschriebenen Rahmen aus Wahlstatistiken verdeutlichen, wie viele Menschen das momentan herrschende System ablehnen.

Wir lassen uns nicht regieren!

Unsere Forderungen sind dabei klar umrissen: Statt Hartz IV, Studiengebühren, Reallohnverluste, 1Euro-Jobs, Rente ab 67 und unsicheren Arbeitsverhältnissen wollen wir Mietfreies und gutes Wohnen, ein Leben ohne Leistungsdruck, kostenlose Mobilität und Ernährung. Kurz gesagt: das gute Leben leben und zwar so, dass jede_r seine Bedürfnisse befriedigen kann. Als Grundlage dafür sehen wir den Aufbau der Selbstorganisation durch die Menschen von unten. Wenn sie uns sagen, wir sollen nicht

meckern, weil wir nicht zur Wahl gegangen sind, können wir denen, die hingegangen sind nur sagen, dass sie nicht meckern sollen wenn nach der Wahl alles genau so beschissen ist wie vorher oder gar noch schlimmer. Wir werden uns jedenfalls nicht an der Auslotung unserer Selbstaussbeutung und Totalverblödung beteiligen. An einem Sonntag, wie dem 27. September können wir uns wesentlich Spannenderes vorstellen, als zum Wahllokal zu latschen. Z.B. an den See fahren, Grillen gehen oder das Buffet auf den Wahlpartys der Parteien leer räumen.

Für den Wahlboykott!

Regierung abschaffen statt wählen gehen !

Für das gute Leben Für ein Ende des Kapitalismus!

keine-wahl.tk * antiwahlkampagne@riseup.net

WIR HABEN KEINE WAHL!

GEGEN WAHLEN! FÜR SELBSTORGANISATION STATT STELLVERTRETER, INNENPOLITIK!

12. September: Aktionstag gegen Wahlen

19. September: Sendet bis dahin eure Stimmen an die Wahlboykott-Postfächer oder geht auf die lokalen Anti-Wahl-Partys in eurer Gegend und gebt da den Bescheid ab

26. September: Anti-Wahl-Demo in Berlin (15 Uhr, Revalerstr. / Warschauerstr.)

20.-27. September: Aktionswoche gegen Wahlen

CDU erhört deine Stimme!

Als gefühlter lokaler Ableger der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ hat die Pankower CDU schon sehr lange ein Gespür dafür, zu erkennen, wer ihren Schutz dringend braucht. Drei Beispiele, für Vollständigkeit keine Gewähr.

Von *Emanzipative & Antifaschistische Gruppe*

1999 zum Beispiel

Einige Bürger_innen hatten es gewagt, den Vorschlag zu machen, die wohl bedeutendste Piste Pankows, die Berliner Straße, in Garbáty-Straße umzubenennen. Jenem sozial-engagierten jüdischen Pankower Zigarettenfabrikbesitzer also, der sich durch eine Flucht in die USA 1938 vor dem Gas retten konnte und dessen Unternehmen von den Nazis zwangsarisiert wurde. Gewerbetreibende in der Berliner Straße fanden das gar nicht gut. Neue Visitenkarten drucken und verpraßte Steuergelder durch neue Straßenschilder waren noch die netteren Argumente auf den „Betroffenenentreffen“ in den Vereinsräumen von „*Vineta e.V.*“. Beliebte aber auch der Ruf nach Ende mit dem Schuld kult, der Sorge um einen Imageschaden fürs Geschäft und die Frage, wann die Juden denn endlich mal Ruhe gäben. Pankows CDU verstand die „*Sorgen der kleinen Geschäftsleute*“ und sah sich als deren parlamentarische Vertreterin. Schließlich wollten auch die anderen Parteien nicht mehr volksfern sein, SPD und damalige PDS änderten schnell ihre Meinung. Die Berliner Straße war gerettet.

Oder 2006

Eine lokale Antifagruppe hatte nicht nur die Frechheit besessen, Heinersdorf im schönen Monat August mit Plakaten für eine antirassistische Demonstration etwas wenig trist erscheinen zu lassen, auf genau diesen Papierfetzen hatte sie auch noch einen erhangenen Gartenzwerg platziert. Dies ging eindeutig zu weit: Heinersdorfer dürften von der Antifa nicht „*wie damals die Neger*“ in die Sklaverei beordert werden, befand der CDU-Verordnete Dieter Michehl bei einer extra einberufenen Sitzung der

Bezirksverordnetenversammlung. Pankows CDU hatte sich schon vorher mächtig für die Heinersdorfer_innen eingesetzt und ihnen als Wunderwaffe gegen die drohende islamistische Terrorzelle namens Ahmadiyya-Moschee eine christlich-fundamentalistische Bürger_innen-Initiative mit dem etwas sperrigen Namen „*interessengemeinschaft pankow-heinersdorfer bürger*“ (ipahb) geschenkt. Die Terrorzelle ist geblieben, die ipahb in etwas bekümmertlicher Verfassung auch.

And the show must go on

Irgendwer aus der Pariser Vorstadt muß sich bei seinem Berlin-Urlaub nach Pankow verirrt haben und an ein paar Luxus-Karossen und Firmenwagen gezündelt haben. Anders wäre dies gar nicht möglich. Denn von Deutschen geplante und durchgeführte Revolutionen, auch ganz kleine, gehen bekanntlich immer schief. Aber die lichterloh brennenden Karren haben die Verhältnisse auch im Pankower CDU-Verband grundlegend verändert. Die Fraktion hat daher im Juli 2009 in der BVV den Antrag eingebracht, den kokehnenden Banlieukids Anerkennung zu zollen: Ausnahmslos alle brennenden Autos sollen zukünftig in einer extra angefertigten „*Chronik linker Gewalt*“ aufgelistet werden. So wie es das Bezirksamt jetzt schon mit „*rechter Gewalt*“ tut, hat diese Liste dem Antrag zu folge zweimal im Jahr zu erscheinen. Bei denen Rechten entzündet das Benzin zwar nicht die leere Karre auf der Straße, sondern das zuvor mit nem Molli beworfene Flüchtlingsheim. Aber ist ja auch egal. Doof nur für die CDU, dass der Fraktion der Linken einmalig ein solcher Bericht reicht. Nun wird im September um einen Kompromiß gerungen.

Hör mir auf mit Gottfried Ludewig!

Seit Mitte des Jahres sind die Straßenzüge von Prenzlauer Berg und auch die entlegensten Winkel Pankows mit Werbung für den Jungpolitiker Gottfried Ludewig übersät. Über Monate war auf orangenen Aufklebern, Ballons oder Türhangeschildern die Frage „Wer ist dieser Gottfried?“ zu lesen. Gottfried, das ist ein 26jähriger Jungkarrierist, Mitglied im Bundesvorstand der CDU und Bundesvorsitzender der Partei-Hochschulgruppe RCDS. Zudem ist Gottfried Sohn des ehemaligen Deutsche Bahn-Chefs und Helmut Kohl-Vertrauten Johannes Ludewig. Im Großbezirk Pankow kandidiert Gottfried Ludewig als CDU-Kandidat für den Bundestag. Von *North-East Antifascists*

Gegen Rentner, Erwerbslose und Studierende

„*Frische Ideen. Sind wählbar*“ verlautbaren die Wahlplakate für den hiesigen Direktkandidaten der Union. Was Gottfried Ludewig unter „*frischen Ideen*“ versteht, konkretisierte er bereits im Mai letzten Jahres in einem CDU-internen Thesenpapier. Das Pamphlet hatte er an sämtliche Vereinigungen der CDU versandt. In diesem verwies er darauf, dass sich zu sehr „*an den Empfängern staatlicher Leistungen*“ orientiert würde und schlug die Einführung eines doppelten Wahlrechts für Erwerbstätige vor. „*Diejenigen, die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren und stützen, müssen in diesem Land wieder mehr an Einfluss bekommen. Die Lösung könnte ein doppeltes Wahl- und Stimmrecht bei Bundes- und Landtagswahlen für alle Leistungsträger in Deutschland sein.*“ (1). Die Botschaft ist klar: Wer nicht arbeiten will oder kann, ist als Mensch weniger wert und hat mit



dem Entzug von Rechten zu leben. Menschen sollen durch das Erlangen eines doppelten Wahlrechts, also einer vermeintlich „*stärkeren Möglichkeit der Mitbestimmung*“, dazu angespornt werden, alles Mögliche und in ihrer Kraft Stehende zu tun, um in Lohn und Brot zu kommen. Gleichzeitig werden die Betroffenen dazu angehalten, zu niedrigen Löhnen und miesen Arbeitsbedingungen zu schuften. Die tatsächliche Umsetzung dieses wahnsinnigen Idee hätte die Zunahme an Ängsten und steigender Konkurrenz zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen zur Folge, schließlich will am Ende niemand zu den total Entrechteten gehören. Dadurch wird auch eine eventuelle Gegnerschaft gegen den Staat aufgeweicht und auf eine konkurrierende Auseinandersetzung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen verlagert. Wer es geschafft hat, kann sich dann besser fühlen als der restliche Pöbel und sich in der Gewissheit wähnen, der Staat stünde hinter einem. Letzten Endes wäre dies auch nur ein vermitteltes Gefühl, also ein moralisches Einschwören auf die Liebe zum täglichen Schuften, auf den Staat, und den Glauben, das jede_r es schaffen kann, so lange er_sie genug Fleiß zeigt. Mehr als das subjektive Gefühl von mehr Mitbestimmung wäre es auch nicht. Und so braucht es dazu nicht einmal einer symbolischen Lohnerhöhung. Dahinter steckt die übliche Profitlogik, das Maximale an Arbeitskraft, bei so wenig wie möglich Investition raus zu holen. Gefährlich an Ludewigs Idee ist nicht der Vorschlag an sich, sondern die dahinter steckende Ideologie, die in unnütze und nützliche Menschen unterteilt.

Ludewigs Kampf um neue Wähler_innengruppen

Ludewigs Ziel ist es die „*linke Hochburg Prenzlauer Berg*“ (2) als Terrain für die Union zu erschließen. Gerade mal 15 Prozent hatten hier bei der letzten Bundestagswahl CDU gewählt. Er setzt sich

als Modernisierer und Lebemann in Szene. Ein Typ, der gern ins Kino geht, Biokost und italienischen Wein bevorzugt und mit einer Französin leiert ist. Unvorteilhafte CDU-Themen umschiffert er und setzt z.B. im kinderreichen Prenzlauer Berg auf konservative Klassiker wie das Thema „*Familie*“. Zu sehen ist dies als Teil einer Gesamtstrategie der Union, ihre Themen so zu präsentieren, dass der Eindruck entsteht, die Partei sei auch für ein grün/alternatives Klientel wählbar.

Weitere Schwerpunkte seines Wahlkampfes sind Bildung und Arbeitsmarkt. Ludewigs Engagement im Bereich Bildung spricht seine eigene Sprache. Von 2006 bis 2008 war er Vorsitzender des RCDS an der TU-Berlin, unter dessen Federführung ein rechter AStA installiert wurde, der alle selbstverwalteten Strukturen des zuvor linken AStAs beseitigte. Der RCDS verkaufte die AStA-Druckerei, realisierte keine eigenen Projekte, dafür aber umfassende Kürzungspläne und gab rund 50.000 Euro für Anwälte aus. Allerdings machte sich Ludwig nicht einmal im rechten AStA für studentische Belange stark, sondern glänzte mit Abwesenheit und Postenhäufung.

Die RCDS-Politik gegen Studierende, Ludewigs Verhalten im AStA und sein verbaler Polithooliganismus gegen Nichtarbeitende vor seinem selbstgewählten „*Weltbürger-Klientel*“ zu rechtfertigen, gestaltet sich als schwer. Die auf Ludewigs Person zugeschnittene Kampagne soll hier Abhilfe schaffen. Die Längerfristigkeit einer Imagekampagne rund um den_die entsprechende_n Kandidat_in, kann bei genügend Kontinuität ein gehöriges Maß an Vergessenheit und Nachsicht für dessen Handlungen erzeugen. Verwiesen sei hier auf die Beispiele Ströbele und Lafontaine (3). Außerdem klammert die Kampagne die eigene Partei und deren Positionen vordergründig aus und erlaubt Ludwig einen größeren Spielraum dabei, konservative Positionen in entsprechender

Verpackung einer grün-alternativen Wählerbasis nahe zu bringen. Ludewig ist derzeit weit davon entfernt, in seinem Wahlkreis Mehrheiten zu erreichen. Allerdings kann im Kampf um neue Wähler_innengruppen die Strategie der Union - nämlich das Setzen auf äußere Modernisierung ihrer Inhalte, das bewußte pushen der Liberalität und Dynamik versprühende CDU-Youngstars - Erfolg haben. Unser Job muss es also sein, diese Strategie da zu blamieren, wo es geht. Wir müssen dem Unwissen und der Vergesslichkeit immer wieder auf die Sprünge helfen und klarstellen, dass es sich bei dieser Politik lediglich um alten Wein in neuen Schläuchen handelt – also denselben regressiven Mist, wie eh und je. Streuen wir also immer wieder Salz in die Wunde. Sorgen wir dafür, ihm den Wahlkampf so madig wie möglich zu machen!

Ausführliche Infos zu Gottfried Ludewig:
www.northeast.antifa.de

Unsere Positionen zu Parlamentarismus im Allgemeinen:
www.keinewahl.tk

Quellen / Erläuterungen:

1: Ludewigs Thesenpapier, 22. Mai 2008, „Drei Thesen zur Stärkung der Leitungsträger in Deutschland“

2: Stern online

3: Ströbele beteiligte sich an der Umsetzung von Agenda 2010 sowie Hartz4 und wurde als Direktkandidat in den Bundestag gewählt. Lafontaine betrieb in seiner bisherigen politischen Karriere eine repressive Politik gegen Migrant_innen. Trotzdem, oder gerade deshalb, ist er einer der Linkspartei-Spitzenkandidaten und erhält regelmäßig eine Plattform bei Protesten der sozialen Bewegungen.

Guude Laune, Ludewig mit Angela Merkel



Pankow. Der Kahlschlag geht weiter



Nach dem finanziellen Kahlschlag, der in Pankow die Jugendeinrichtungen in freier Trägerschaft bedrohte und nur durch gemeinsame Gegenwehr von Mitarbeiter_innen und Nutzer_innen der Clubs sowie antifaschistischer Gruppen zumindest vorerst abgewendet werden konnte (siehe dazu in die letzten Ausgaben der Rosen auf den Weg gestreut), soll es jetzt also dem Ressort Kultur und Bildung an den Kragen gehen. Davon betroffen sind insbesondere bezirkliche Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen sowie Museen.

Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow, die dies auf den ersten Blick alles zu verantworten hat, stößt bei ihrer Arbeit regelmäßig auf ein ziemlich großes Problem: Sie ist ein sehr bedeutungsloses 55köpfiges Gremium, das mit 370000 Pankower_innen immerhin sovielen Menschen vertreten soll, wie in einer Großstadt vom Schlege Bochums leben. Die von der BVV benannten Stadträt_innen sind verpflichtet, ihr regelmäßig einen Bezirkshaushalt zur Abstimmung vorzulegen. Weil dieser aber wiederum durch das Abgeordnetenhaus bestätigt werden muß, kann mensch bei der BVV nicht einmal von einem Parlament im eigentlichen Sinne sprechen. Der Berliner Amtsschimmel nennt die BVV daher auch verquast „*Organ der bezirklichen Selbstverwaltung*“. Klingt fast schon libertär, ist es aber keineswegs.

Der Bezirk hat nämlich selbst kaum Möglichkeiten, beispielsweise die Einnahmenseite relevant zu beeinflussen. So heißt es also seit Jahren, an den Ausgaben zu experimentieren. Kurz: Sparen bis es quietscht. Irgendwer muß den Notstand ja verwalten.

Da wirkte es geradezu revolutionär, als Pankows Stadtrat für Kultur und Bildung, Michail Nelken (Die Linke), bei den Haushaltsberatungen im Juli vorgaukelte, das Spiel nicht mehr mitmachen zu wollen. Dafür handelte er sich gleich einen Mißbilligungsantrag von CDU und Grünen ein, der nur knapp scheiterte. Dem folgten Vorwürfe, „*untätig*“ zu sein und „*heldenhaftes Kulturmärtyrertum*“ zu betreiben.

Als besonders widerspenstig war der sich sonst gern als „*kleiner Mann vom Prenzlauer Berg*“ in Szene setzende Nelken bisher allerdings nicht gerade bekannt. Alternativlos schien ihm beispielsweise vor einigen Monaten die Streichung der Zuwendungen für die Bibliothek in Karow. Doch diesmal weigerte er sich partout, für seinen Bereich den erwarteten Haushaltsplan für 2010/2011 vorzulegen.

Die im Doppelhaushalt 2010/2011 ge-

forderten Einsparungen von 1,25 Millionen Euro seien in seinem Ressort nicht mehr drin, gab Nelken zu verstehen. Bereit war er jedoch beispielsweise für Kürzungen, die die Schließung der Musikschule im Prenzlauer Berg, die Erhöhung der Unterrichtsgebühren und die Streichung von Lehrer_innenstellen bedeuten würden. Doch damit waren nur 600000 Euro eingespart, anstatt der geforderten 1,25 Millionen. Den Ärger mit den anderen Verordneten und Stadträt_innen hatte er so sicher. Für sie heißt es jetzt nachsitzen. Nach der BVV-Sommerpause im September muß nämlich der Haushalt stehen, damit das Abgeordnetenhaus keine weiteren Sanktionen gegen das jetzt schon maßlos verschuldete Pankow verhängt. Ein kleiner Blick in Musikschulen des Bezirks zeigt, wie verheerend die Lage ohne erneute Einsparungen bereits ist: Knapp 4000 Musiker_innen werden im Großbezirk Pankow von gerade einmal 26 Lehrer_innen unterrichtet. Geht es nach

einem im Juli veröffentlichten Vorschlag eines „Expert_innen“gremiums, das Berlins Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) einberufen hatte, sollen es demnächst nur noch 19 sein. Zeitgleich sind im Bezirk aber über 4000 Menschen auf Wartelisten der öffentlichen Musikschulen. Denen, die es sich leisten können, bleiben so nur private Musikschulen, um überhaupt Unterricht zu bekommen. Doch auch die Preise der Musikschulen in öffentlicher Hand sind für viele mitnichten ein Pappenstiel: Eine Einzelunterrichtsstunde schlägt derzeit mit gut 18 Euro zu Buche, demnächst sollen nach dem Vorschlag von Nelken 20 Euro fällig sein. Ordentliche Probleme haben in Pankow auch Bands, die im Bezirk auf der Suche nach Proberäumen sind. Weil die wenigen Jugendclubs, die solche Räume haben, häufig keine Bands mehr aufnehmen können, kommt in der Regel nur die Anmietung teurer, privater Räume in Betracht. Manches nicht entdeckte Talent bleibt da zweifellos auf der Strecke.



1000 KREUZE IN DIE SPREE!

Abtreibungsverbote abschaffen - Gegen christlichen Fundamentalismus

18.09. - 19:00 - Tri-
steza (Pannierstr. 5,
Neukölln)

Infoveranstaltung
„Rechtswidrig aber
straffrei - Abtreibung
in Gesetz und Praxis“
Mit: Dr. med. Blanka
Kothé und Prof. Dr.
Ulrike Busch

19.09. - 19:00 - Ban-
dito Rosso (Lottum-
straße 10a / U-Bhf R-
Luxemburg-Platz)
Mobilisierungsveran-
staltung „1000 Kreuze
in die Spree“

Am kommenden
Samstag wollen
christliche Funda-
mentalisten und
selbsternannte Le-
bensschützer durch
Berlin ziehen. Wir
wollen dies nicht
zulassen und geben
Ihnen heute Abend die
letzten Infos.

[www.no218nofundis.
wordpress.com](http://www.no218nofundis.wordpress.com)

Für den 26. September 2009 mobilisieren der Bundesverband Lebensrecht und einige andere Organisationen zu einem „Schweigemarsch“ mit dem Titel „1000 Kreuze für das Leben“. Wir rufen dazu auf, diesem laut und mit vielfältigen Aktionen entgegenzutreten.

Die beteiligten Gruppen dieses „Schweigemarsches“ bezeichnen sich selbst als Lebensschützerinnen und Lebensschützer. Dabei geht es ihnen auf der Grundlage eines christlich-fundamentalistischen Weltbildes um das Verbot und die Bestrafung von Abtreibungen. Sie sprechen allen Menschen und vor allem Frauen das Recht ab, über ihr Leben und ihre Körper selbst zu bestimmen. Sie lehnen jeden Schwangerschaftsabbruch als „vorgeburtliche Kindstötung“ ab. Statistisch unhaltbare Angaben über die Anzahl der Abtreibungen in der BRD sowie die von Lebensschützer_innen erfundene Krankheit „Post-Abortion-Syndrome“ sollen Frauen moralisch unter Druck setzen und einschüchtern, sowie den Staat dazu bringen, die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch weiter einzuschränken.

Im Gegensatz zu einer verbreiteten Meinung ist ein Schwangerschaftsabbruch in der BRD weiterhin eine Straftat, die nur unter bestimmten Voraussetzungen nicht strafrechtlich verfolgt wird, z.B. nach einer Zwangsberatung plus 3 Tage-Wartezeit in den ersten zwölf Schwan-

gerschaftswochen oder bei einer Gefahr für die psychische und physische Gesundheit der Frau.

Um den §218 war es nach der letztmaligen Änderung des Strafgesetzbuches 1995 lange still. Die so genannte Spätabtreibungsdebatte seit Herbst 2008 führte Anfang dieses Jahres zu einer Verschärfung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes. Abtreibung wurde wieder zum heftig diskutierten Thema. Obwohl die Gesetzesänderung die ganze medizinische Indikation betrifft, drehte sich die Debatte hauptsächlich um scheinbar „unverantwortliche Frauen“, die sich angeblich in einer „Panikreaktion“ gegen „behinderte Kinder“ entscheiden. Diesen Frauen müsse eine bessere Beratung zukommen. In der BRD wurde mit der 1995er-Reform des § 218 die so genannte eugenische Indikation abgeschafft, eine Abtreibung wegen einer möglichen fötalen ‚Missbildung‘ ist also gar nicht mehr erlaubt. Spätabtreibungen können allein dann erfolgen, wenn die psychische und physische Gesundheit der Frau gefährdet ist. Die jetzige Gesetzesänderung wurde maßgeblich von Abtreibungsgegner_innen gepusht, die dies als Einfallstor benutzen wollen, um die eigene Entscheidung zu einer Abtreibung und die Möglichkeiten dazu weiter einzuschränken.

Wir fordern hingegen weiterhin, dass jede Frau selbst über einen Schwanger-

schaftsabbruch entscheiden kann. Wir wollen eine Gesellschaft, in der eine Abtreibung kein gesundheitliches, rechtliches oder ökonomisches Problem für Frauen darstellt und ohne Eingriff oder Belehrungen des Staates und der Angst vor dem moralischen Stigma zugänglich ist. Wir wollen aber auch eine Gesellschaft, in der keine Frau psychische Probleme bekommt, weil sie sich ‚verpflichtet‘ fühlt, abzutreiben, nachdem eine Pränataldiagnose die Möglichkeit der ‚Behinderung‘ des späteren Kindes ergeben hat. Die selbsternannten Lebensschützer sind Teil des christlichen Fundamentalismus in der BRD. Wie alle religiösen Fundamentalismen arbeiten auch sie auf eine gesellschaftliche Dominanz ihrer Dogmen hin, etwa Familienzentriertheit, Heterosexualität, Schicksals- und Obrigkeitsergebenheit. In den USA beinhalten Aktionen von Abtreibungsgegner_innen u.a. Blockaden von Kliniken, aber auch gewalttätige Übergriffe sowohl gegen Ärzt_innen als auch gegen Frauen, die abtreiben wollen. Zuletzt wurde Dr. George Tiller, Betreiber einer Abtreibungsklinik, in der auch Spätabtreibungen durchgeführt wurden, im Mai dieses Jahres erschossen. Die Klinik musste daraufhin geschlossen werden. Auch in der BRD und Österreich werden Frauen, die Abtreibungskliniken aufsuchen, heute bereits durch „Gehsteigberatung“ eingeschüchtert und bedrängt, Ärzt_innen als „Massentöter“ diffamiert und Fachkonferenzen von Abtreibungsärzt_innen mit der Wannseekonferenz 1942 verglichen. Weder christliche Moralvorstellungen noch staatliche Zugriffe dürfen über das Leben und die Körper von Menschen bestimmen.

Deshalb rufen wir dazu auf, die Inszenierung der selbsternannten Lebensschützer als „Schweige- und Trauermarsch“ (in dunkler Kleidung und mit weißen Kreuzen) zu stören (bunte Kleidung und emanzipatorische Sprüche)

26.9. - 1000 Kreuze in die Spree. Aktionen gegen christlich-fundamentalistischen Schweigemarsch

12.30 Uhr Neptunbrunnen (Alex/Rotes Rathaus) 14.45 Uhr St. Hedwigs-Kathedrale (Bebelplatz)

Eine Auftaktkundgebung der Abtreibungsgegner_innen beginnt 13 Uhr am Neptunbrunnen, ab 14 Uhr führt eine Demo über Unter den Linden zur Hedwigskathedrale mit anschließendem Gottesdienst ab 15 Uhr. Oben genannte Gegenkundgebungen sind angemeldet.

Bitte informiert Euch kurz vorher auf www.no218nofundis.wordpress.com über den aktuellen Stand.

1000 KREUZE IN DIE SPREE!

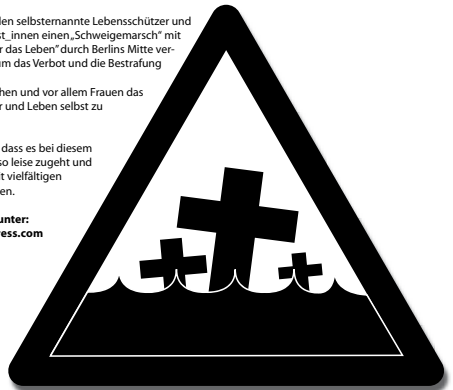
Abtreibungsverbot abschaffen - Gegen christlichen Fundamentalismus

Auch in diesem Jahr werden selbsternannte Lebensschützer und christliche Fundamentalist_innen einen „Schweigemarsch“ mit dem Titel, 1000 Kreuze für das Leben durch Berlins Mitte veranstalten. Ihnen geht es um das Verbot und die Bestrafung von Abtreibungen.

Sie sprechen allen Menschen und vor allem Frauen das Recht ab, über ihre Körper und Leben selbst zu bestimmen.

Wir werden dafür sorgen, dass es bei diesem „Schweigemarsch“ nicht so leise zugeht und rufen dazu auf, diesem mit vielfältigen Aktionen entgegenzutreten.

Weitere Informationen unter:
no218nofundis.wordpress.com



SAMSTAG, 26. SEPTEMBER 2009

Kundgebungen gegen den Schweigemarsch der Abtreibungsgegner_innen

12.30 Uhr am Neptunbrunnen (Alexanderplatz)
14.45 Uhr vor der St. Hedwigs-Kathedrale (Bebelplatz)

Veranstaltungen

Donnerstag, 10. September 20 Uhr
Informativveranstaltung: Was ist christlicher Fundamentalismus?

H48/Projektraum Neukölln
(Hermannstr. 48 / U Boddenstraße)

Infos + weitere Termine unter: <http://no218nofundis.wordpress.com>

Samstag, 19. September 19 Uhr
Mobilisierungsveranstaltung
"1000 Kreuze in die Spree"

Bandito Rosso (Lottumstraße 10a
U Rosslu-Luxemburg-Platz)

Aufzählende Gruppen:

Antifundamentalistisches Bündnis Süd Ost (ABCSO), ak linker feministismus, A.N.A. Autonome Neuköllner Antifa (ANNA), Antifa Prenzlauer Berg (APB), Antifaschistische Schüler_innenvernetzung (ASV), Antifa Hohenschönhausen (AH), Antisemitismusbüro Berlin, Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V., Familienplanungszentrum Berlin - Balance, Emanzipative Antifaschistische Gruppe (EAG Berlin), f.a.a. antisemitischer Inbilden, feministische FrauenLebenLate PU Berlin, Forschungsgruppe christlicher Fundamentalismus, Gruppe Antisemitische Praxis (GAP), LADY V Festival Berlin, L.A.K. Shalom Berlin der Linksjugend! Solid!, LISA Marburg, reflect, Schweizer Kanal Berlin, Seminar für angewandte Unsicherheit (SAU), Vorbereitungsguppe Antisemitische Praxis II - die Konferenz

Antif. & Antisemitismus - 1000 KREUZE

Ausstellung: „Vom Anbeginn zum Neubeginn“

Jüdisches Leben in Pankow

Von VVN-BdA Berlin-Pankow e. V.

Über zehn Jahre ist die Wanderausstellung „*Jüdisches Leben - Vom Anbeginn zum Neubeginn*“ bereits an zahlreichen Orten in Berlin-Pankow zu sehen gewesen. Nicht ohne, dass dies Spuren an der Substanz der beliebten Exposition hinterlassen hat. Dr. Inge Lammel von der VVN-BdA, Autorin der Ausstellung sowie zahlreicher Begleitliteratur, bewegte auch das außergewöhnlich hohe Interesse nun zur Überarbeitung der Schau. Auf 40 Bild- und Texttafeln werden anhand von Fotos, Dokumenten, Statistiken und Chroniken exemplarisch Leben und Wirken, aber auch Schicksale jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Berlin-Pankow aufgezeigt.

Ende 2009 wird die überarbeitete und neu gestaltete Version der Öffentlichkeit

präsentiert. Begleitend wird es eine CD geben. Die Rekonstruktion und Überarbeitung der Ausstellung durch Dr. Inge Lammel wird unterstützt durch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.) und den Lokalen Aktionsplan Pankow. Für die Realisierung werden noch Spenden benötigt.

Bankverbindung: VVN-BdA Berlin-Pankow e.V., Stichwort: Juedisches Leben - Spende, Berliner Volksbank, BLZ 100900000, Kontonummer 5891158000. Die Ausstellung von Spendenbescheinigungen ist auf Anfrage möglich.

Infos:

www.de.juedisches-leben.org

www.pankow.vvn-bda.de



„Rosen auf den Weg gestreut“ - Spezial

INTERVIEWS ZUR AKTUELLEN LAGE IM IRAN

DR. KAZEM MOUSSAVI ist Mitglied der Green Party of Iran.



Seit der Wahlfarce im Iran, in der sich der amtierende Präsident Mahmud Ahmadi-nedschad eine zweite Amtszeit sicherte, reißen die Proteste nicht mehr ab. Die Zusammensetzung der Protestierenden ist vielfältig und die Lage im Iran unübersichtlich. Grund genug also, bei Menschen nachzufragen, die näher dran sind: Exil-Iraner_innen, die den Protestierenden im Iran hier eine Stimme geben.

Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

MINA AHADI ist Mitglied des Politbüros und ZKs der Arbeiterkommunistischen Partei Irans und Vorsitzende des Internationalen Komitees gegen Steinigungen



Welche Quellen nutzen Sie, um an Informationen über die momentane Lage im Iran zu gelangen?

MOUSSAVI: Ich bin Mitglied der „Green Party of Iran“, die im Exil gegründet wurde. Unsere Nachrichtenquellen sind Informationen, die wir von Sympatisant_innen und Student_innen im Iran erhalten. Die verbreiteten offiziellen Informationen sind durch das Regime stark zensiert. Jegliche Berichterstattung der deutschen und westlichen Medien aus dem Iran muss von Ershad, dem Ministerium für Kultur und islamische Führung, genehmigt und begutachtet werden und ist daher nicht zu trauen. Die staatlichen und europäischen Nachrichtenagenturen meldeten bei den Aufständen im Iran mindestens zehn bis zwanzig Tote. Es sind aber nach inzwischen bekanntgewordenen Berichten durch die Bevölkerung mehr als 250 Menschen umgebracht und tausende Systemgegner_innen festgenommen worden. Letztere stehen mittlerweile recht sicher unter Folter. Allein durch das im Internet verbreitete Video, das den Tod der 27jährigen Neda Agha-Soltan zeigt, die während der Proteste in Teheran durch die paramilitärische Bassij und die staatlichen Sittenwächter

ermordet wurde und weltweit Empörung auslöste, hat sich das Regime selbst gerichtet.

AHADI: Die Bewegung im Iran ist inzwischen gut mit dem Internet verbunden und nutzt die Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologien. Somit ist es den Protestteilnehmer_innen möglich, mit dem Handy das Geschehen zu filmen und ins Netz zu stellen. Fast stündlich bekommen wir Informationen über das Internet und das Telefon. Außerdem hat die Arbeiterkommunistische Partei im Iran einen Fernsehsender, "New Channel", der 24 Stunden live sendet. Dort werden zahlreiche Diskussionen gesendet, Zuschauerfragen wird viel Platz eingeräumt und ständig wird direkt von der Strasse sowie den aktuellen Ereignissen berichtet.

Worin genau unterschieden sich Ahmadinedschad und Mousawi – der als sogenannter Reformler angetreten ist - in der Periode vor der "Wahl". Mit anderen Worten: Wozwischen konnte die iranische Bevölkerung wählen und würden Sie von "Wahlen" überhaupt sprechen? Einige sagen, wäre Mousawi jetzt Präsident, dann hätte sich am politischen System im Iran auch nichts geändert.

MOUSSAVI: Zunächst wäre zu betonen, dass wie in der seit 30 Jahren nicht-legitimen Mullah-Diktatur im Iran typisch, wieder eine Schein-Abstimmung zwischen den vier Hauptkandidat_innen des Systems stattgefunden hat. Sowohl Ahmadinedschad als auch Mousawi haben ihre Loyalität zum islamischen Grundgesetz und der alleinigen Herrschaft von „Welayate Fagih“, dem Religiösen Führer Ali Khamenei, schriftlich erklärt. Dessen ideologische Doktrin ist, die Islamisierung nach Innen und Außen voranzubringen. Mousawi nennt sich selbst einen „fundamentalistischen Reformler“ und warb auf Plakaten mit dem Slogan „Duft des Imam Khomeini“, als dessen treuer Gefolgsmann er sich in seiner Funktion als Ministerpräsident von 1981 bis 1989 bewährte. In Mousawis Amtszeit fallen etwa die Massenhinrichtungen von politischen Gegner_innen und die Abriechung von Kindern als Kanonenfutter für den Krieg gegen den Irak. Mousawi bekennt sich als Gründer von paramilitärischen Bassijis und der libanesischen Hizbollah. Ahmadinedschad ist eigentlich als Erbe von Mir-Hossein Mousawi im System zu bezeichnen. Er ist ein moralisches und jihadistisches Symbol für das Mullah-Regime und

seine Verbündeten in der Region, auch wegen seiner Kriegshetze, des Aufrufs zur Vernichtung Israels und der Leugnung des Holocausts sowie dem Beharren auf das Atomprogramm. Mousawi hat sich niemals von seiner eigenen Politik und dem islamischen Regime distanziert. Er kritisiert lediglich den Führungsstil Ahmadinedschads als aktuellen Präsidenten.

AHADI: Unser Standpunkt war und ist, dass es sich bei der „Wahl“ und dem Ergebnis um eine Show, eine Komödie, handelte. Von Wahlen ist die Rede, wenn Menschen frei ihre Meinung äußern können und wenn verschiedenste Parteien - wie auch unsere - zu den Wahlen zugelassen wird. Jede Strömung und Partei, die auch nur minimale Kritik am islamischen Regime übt, wird im Iran jedoch nicht zugelassen. Ein weiteres Problem ist, dass Frauen nicht kandidieren dürfen. Lediglich Anhänger des Regimes und ein Teil der Islamisten, schiitische Islamisten, können sich zur Wahl stellen. Außerdem gibt einen Wächterrath, der das letzte Wort über die Zulassung der Kandidaten hat. Im Iran von einer „Wahl“ zu sprechen, kann also nur eine Farce sein.

Um auf den Unterschied zwischen Mousawi und Ahmadinedschad zu sprechen zu kommen: Mousawi ist eine Person, die acht Jahre Macht als Ministerpräsident des Irans innehatte. Während dieser Zeit wurden tausende Menschen umgebracht. Mein Mann beispielsweise wurde damals hingerichtet. Innerhalb des islamischen Regimes gibt es schon seit langem zwei Flügel. Die haben unterschiedliche Interessen und auch Probleme miteinander. Das sind aber Probleme um Macht und Geld, die das islamische Regime nicht in Frage stellen und völlig an den Interessen der Menschen vorbeigehen. Die Menschen im Iran sind unzufrieden! Trotz der Repression formieren sich soziale Bewegungen, wie Arbeiter_innen-, Frauen- und Jugendbewegungen, die Druck ausüben, soviel sie können. Der Verlauf der Protestbewegung hat seinen Ausgangspunkt in einer sehr tiefen Unzufriedenheit mit dem islamischen Regime.

Vor der sogenannten Wahl hatten die vier zugelassenen Kandidaten im Fernsehen miteinander diskutiert und die Menschen haben begriffen, mit was für einem System sie es zu tun haben. Es ist ein menschenverachtendes, mörderisches, korruptes und mittelalterliches Regime. Im Alltag,

wenn sie unter sich sind, reden die Leute darüber, dass viele Menschen umgebracht werden, Milliarden Dollar einfach verschwinden und das islamische Regime in eine Sackgasse geraten ist. Als dann Khamenei entschieden hat, dass Ahmadinedschad die Macht an sich nehmen soll, war das für viele Menschen einfach zuviel und sie begannen, sich auf der Strasse zu sammeln. Aus meiner Sicht ist es eine Revolution gegen das islamische Regime.

Wie beurteilen Sie die Rolle des obersten geistlichen Führers?

MOUSSAVI: Der oberste geistliche Führer, Ali Khamenei, kann über die Existenz des islamischen Regimes bestimmen. Er hat bei den Machtkämpfen seine absolute Autorität im System demonstriert. Er soll nach dem Mullah-Grundgesetz, nach der Überzeugung von Ahmadinedschad und anderen Mullahs als Stellvertreter des vor fast 1000 Jahren verborgenen 12. schiitischen Imam Mahdi auf der Erde akzeptiert werden. Sein Regime muß im Namen von Allah den Weg zur Wiedergeburt von Imam Mahdi auf unserer Erde ebnen.

Ähnlichkeiten zwischen dem Anspruch auf Weltherrschaft von Ali Khamenei und seines Systems zur Politik des Nationalsozialismus existieren ohne beides gleichsetzen zu können; nur, dass im Mittelpunkt des ideologischen Sendungsbewusstseins nicht das „deutsche Wesen“, die „arische Rasse“ und die „deutsche Nation“ stehen, sondern die Vorherrschaft einer Religion, welche nicht weltlich und kaum kontrollierbar ist. Die islamische Weltanschauung muss deshalb ernst genommen werden. Sie ist nicht nur Mittel zum Zweck. Sie steht im Mittelpunkt jeglicher politischer Handlung der Mullahs und deren Präsidenten.

AHADI: Das islamische Regime ist diktatorisch und die Hauptfigur dieses Regimes ist Khamenei. Er entscheidet über alles. Er kann alles ändern. Die Existenz des Parlamentes, der Justiz oder sozialer Bewegungen ist vor dem Hintergrund, dass einer durch sein Vetorecht letztlich die alleinige Macht hat, zutiefst lächerlich. Egal

ob Mousawi, Ahmadinedschad, ob Rafsandjani, Khamenei oder Chatami an der Macht waren, wir haben seit dreißig Jahren Erfahrungen mit diesem islamischen Regime, welches die Menschen und die Menschenrechte verachtet. Ich denke, dieser Umstand sollte weltweit starke Reaktionen hervorrufen, was wir aber leider nicht sehen. Das islamische Regime ist ein diktatorisches und faschistisches Regime und dies sollte auch beim Namen genannt werden.

In den deutschen Medien wird gemeinhin von der „iranischen Opposition“ gesprochen. Welche hauptsächlichen Kräfte innerhalb dieser Opposition erkennen Sie und welche Ziele werden von diesen im einzelnen verfolgt?

MOUSSAVI: In Deutschland existiert eine Maschinerie des Appeasements („Beschwichtigungspolitik“) gegenüber dem Teheraner Regime, in der die Politik, Wirtschaft und Medien eine untrennbare Einheit bilden. Die Lieblingsopposition Deutschlands und des Westens ist Mir-Hossein Mousawi. Damit wollen sie zeigen, dass es innerhalb des iranischen Regimes relevante Alternativen zu Ahmadinedschad gäbe. Die Politik und Medien in Deutschland unterstützen ausschließlich die „grün“ gelabelte Pro-Mousawi-Opposition. Sie zensieren andere Oppositionsgruppen, die für einen Wechsel des Systems sind. So wird beispielsweise von Bündnis90/Die Grünen der grüne Schal Mousawis als Symbol einer „jungen grünen Welle gegen Ahmadinedschad“ gedeutet. Sie sollten sich aber darüber im Klaren sein, dass



für Mousawi und die Islamist_innen die Farbe Grün generell ein Symbol für die Märtyrerbereitschaft des dritten schiitischen Imam Hossein zum heiligen Krieg gegen Ungläubige ist. Seit der sog. grünen Welle kann man im Fernsehen sehen, dass Claudia Roth sich selbst ein grünes Band ums Handgelenk bindet, was sicher weniger mit einem Bekenntnis für die Grünen in Deutschland zu tun hat.

Was nicht vergessen werden darf, egal ob Ahmadinedschad oder Mousawi der Präsident des Systems ist: Grundpfeiler der aktuellen Politik, darunter Terror nach Innen und Außen, der Islamismus, der antiwestliche und antiisraelische Kurs, können nur mit purer Militarisierung und mit Atomprogrammen vorangetrieben werden. Mir-Hossein Mousawi lehnt deshalb ab, als Basis für Verhandlungen mit den USA und Europa, die Urananreicherung auszusetzen.

AHADI: Die deutschen Medien machen mich mit ihrer Darstellung der Lage im Iran einfach nur krank. Das ist schon lange so. Auf der einen Seite sehen wir eine Distanzierung von dem, was im Iran los ist, andererseits merke ich in meiner tagtäglichen Kampf für die Menschenrechte, zum Beispiel als Vorsitzende im Internationalen Komitee gegen Steinigung und Todesstrafe, wieviel Ignoranz die deutschen Medien gegenüber dem Leid der iranischen Bevölkerung aufbringen. Es ist einfach kein wichtiges Thema, wenn eine Frau wegen angeblichen Ehebruchs auf der Strasse zu Tode gesteinigt wird. Ich hatte immer Probleme mit dem Bild, welches die deutschen Medien vom Iran zeichnen: Es handele sich beim Iran um einen islamischen Staat, indem es dann ja die Menschen, die iranische Bevölkerung sei, die Ahmadinedschad gewählt habe. Dabei ist der Iran kein islamisches Land. Die genauen Umstände dieser sogenannten Wahlen gehen in der Bericht-erstattung seit dreißig Jahren fast völlig unter; dass es sich um die Wahl zwischen zwei Mördern handelt. Mousawi wird dargestellt, als sei er die Opposition. Wenn man über Opposition im Iran redet, sollte von der verbotenen Opposition gesprochen werden. Es gibt Organisation von links bis rechts, religiös und säkular, die verboten sind, weil sie gegen das islamische Regime ankämpfen. Man kann nicht auf die Strasse gehen und sagen, ich bin Anhängerin der Arbeiterkommunistischen Partei oder ich bin Anhänger der Grünen Partei.

Wer sich über die Vielfältigkeit der iranischen Opposition kundig machen möchte, kann dies auch hier im Ausland tun. Diese Möglichkeit besteht, ohne dabei auf die deutschen Massenmedien angewiesen zu sein.

Ist Mousawi durch die Entwicklungen der letzten Wochen tatsächlich raus aus der Führungsriege. Wird er vielleicht zu einer echten Option?

MOUSSAVI: Während die Menschen im Iran landesweit nach Freiheit und „Nieder mit dem islamischen Regime“ rufen, hat Mousawi zuletzt klargestellt, dass es ihn um den Erhalt des islamischen Regimes geht. Kein Wort mehr und kein Wort weniger! Momentan sind überwiegend die demokratischen und säkularen Kräfte auf den Straßen, Spuren von den „grünen“ Anhängern Mousawis sind auf den Demonstrationen kaum noch auszumachen. Eine echte Option ist ausserhalb, nicht aber innerhalb des Systems zu suchen. Die Entwicklungen der letzten Wochen haben tatsächlich gezeigt, dass das religiöse Regime nicht reformfähig ist. Auch wird sich das Regime niemals von außen zu freien Wahlen bewegen lassen. Damit ist auch die deutsche und europäische Beschwichtigungs- und Appeasementpolitik gegenüber dem Mullah-Regime gescheitert.

AHADI: Ich denke nicht, dass sich Mousawi aus der Führungsriege geschossen hat. Er hat zwar sehr scharf gegen Khamenei, Ahmadinedschad und den Wahlbetrug gesprochen, aber er und seine Anhänger_innen haben auch gesagt, dass die Protestbewegung nicht von ihm verursacht wurde und die Menschen einfach auf die Straße gegangen sind. Sie rufen Parolen, mit denen Mousawi nicht einverstanden sein kann, zum Beispiel „Freiheit und iranische Republik“, also keine islamische Republik. Mousawi hat immer wieder klargestellt, dass er die islamische Republik und iranische Verfassung beibehalten möchte, die seit 30 Jahren so viel Elend und so viele Hinrichtungen verursacht hat. Mousawi ist also eine Person, die versucht, das islamische Regime zu retten. Er wendet sich auch dagegen, die Protestbewegung im Iran als eine revolutionäre anzusehen. Mousawi versucht, die Protestbewegung zu instrumentalisieren, um das System zu retten. Ich denke, das ist unmöglich. Mousawi und Khamenei haben keine Chance mehr, weil Millionen Menschen

auf die Straße gegangen sind und mitbekommen haben, wie machtvoll sie gemeinsam agieren können. Diese Leute wollen nicht einfach aufgeben. Sie haben gesehen, dass das Regime sehr viele Menschen in den Gefängnissen umgebracht oder vergewaltigt hat und sie haben einfach Angst, dass, wenn sie jetzt nach Hause gehen, dass alles noch viel schlimmer wird.

Kürzlich wurden an einem Tag im Iran zwölf Menschen hingerichtet. Der neue Justizminister hat gesagt, er wolle sehr hart durchgreifen. Wenn man dem Regime dazu die Chance gibt, dann haben die Menschen im Iran noch mehr Probleme. Deshalb weichen die Leute nicht zurück, es muss sich etwas Grundlegendes verändern. Das islamische Regime muss weg und das ist unsere Absicht als Partei und meine Absicht als Person.

Der Präsident tut sich als Impulsgeber hervor, wenn es darum geht, einen krassen Antisemitismus mit sozialrevolutionärer Rhetorik zu versehen. Wie steht es um die oppositionellen Kräfte bezüglich der antisemitischen Staatsräson?

MOUSSAVI: Im größten Teil der iranischen Opposition gibt es bereits seit längerem eine positive Haltung gegenüber Israel. Diese Haltung wurde aber bislang nicht in die Praxis umgesetzt, mit der fatalen Folge, dass das Regime die Gegnerschaft zu Israel als unumstrittenen Konsens im Iran darstellen konnte. Aber mittlerweile haben die meisten oppositionellen Kräfte, die das Regime ernsthaft bekämpfen, begriffen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir haben seitens der Grünen Partei des Iran ein Thesenpapier vorgelegt, das viel diskutiert wurde.

Aus unserer Sicht gehören die Unterdrückungspolitik nach innen, die Expansionspolitik nach außen und der Antisemitismus des Regimes untrennbar zusammen. Die Atombombe verbindet diese Politik miteinander und es ist falsch, nur einen dieser Aspekte zu bekämpfen, wenn das Regime abgeschafft werden soll. Wir als Grüne Partei des Iran sind davon überzeugt, dass das Schicksal des Irans und die Menschenrechte der iranischen Bevölkerung mit dem Schicksal der Juden und dem Staat Israel untrennbar und direkt verbunden sind. Und dieser Gedanke findet sich auch in dem Aufruf „Stop the Bomb“ wieder. Nicht nur die Menschen aus dem Iran, sondern die Vertreter_innen fast aller iranischen politischen

Richtungen im Exil finden sich unter den Unterstützer_innen dieser Petition. Wir erwarten aber von allen demokratischen iranischen Systemgegnern_innen und Oppositionellen gegen Antisemitismus und Antizionismus des Mullah-Regimes eindeutig Stellung zu beziehen.

AHAD: Dieses Thema wird auch im Iran umfangreich diskutiert. Der politische Islam existiert im Land seit 30 Jahren und ein sehr relevanter Aspekt dieses islamischen Terrorregimes ist der Kampf gegen die Menschen im Inneren. Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass diese Bewegung eine Internationale ist und sich auch weltweit versucht durchzusetzen. Beim Aufbau und der Unterstützung von der Hamas und der Hisbollah etc. hat das islamische Regime eine wichtige Rolle gespielt. Ein sehr wichtiger Teil dieser islamischen Bewegung sind antisemitische Aufrufe. Die Islamist_innen sind gegen Jüdinnen und Juden, seit der Revolution vor 30 Jahren gibt es im Iran, beispielsweise von Khomeini, antisemitische Propaganda. Diese Stimmungsmache wirkt und Leute gehen gegen Juden auf die Straße. Seitens des Regimes folgte ein Manifest gegen Juden und Vernichtungsdrohungen gegen Israel. Das ist aus unserer Sicht ein unmenschlicher Aufruf gegen die Menschen, die in Israel leben. Natürlich, die israelische Regierung hat sehr viel Leid über die Palästinenser_innen gebracht. Wegen der Repression nach innen, muss sich die Opposition im Iran sehr gut überlegen, was sie sagt. Islamist_innen versuchen immer wieder, Menschen das Etikett „pro-israelisch“ aufzudrücken, um zu begründen, dass man sie umbringen darf. Die Arbeiterkommunistische Partei Iran ist eine Organisation, die so etwas nie hingenommen hat. Dafür werden wir von traditionellen Linken auch immer wieder angegriffen. Unsere Position ist, dass im Israel-Palästina-Konflikt um eine vernünftige Lösung für beide Seiten gerungen werden muss. Gibt es keine Einigung, dann gewinnt die islamische Bewegung immer weiter an Einfluß. Wir finden, dass man aggressive und unmenschliche Handlungen der israelischen Regierung verurteilen muss, dies muß auch für Hamas und Hisbollah gelten. Die Selbstmordattentate beispielsweise tragen ihr übriges zur Polarisierung bei, auch dies muss ein Ende haben. Wir sind scharf gegen Ahmadinedschads Aufruf zur Vernichtung Israels. Das ist unmenschlich, in Israel

leben Menschen. Es sollte zwei säkulare Staaten geben. Dies wäre ein Ausweg.

Denken Sie, dass das derzeitige politische System des Irans überhaupt noch eine Chance hat oder ist der Fakt, dass die Iraner_innen trotz der Drohkulisse des Regimes ihren Unmut auf die Strasse tragen der point of no return?

MOUSSAVI: Die Entwicklungen zeigen, dass die Stellung der alleinigen Herrschaft des religiösen Führers, Ali Khamenei, im System erheblich geschwächt ist. Er ist bisher an der Beilegung der Krise gescheitert, deshalb hat er die Funktionäre der sogenannten Reformer_innen vor Gericht gestellt. Die Auseinandersetzungen innerhalb des Machtapparats werden früher oder später zur Gewalt führen. Die Menschen nutzen diese Gelegenheit, verlieren ihre Ängste und es ist zu hoffen, dass die Aufstände im Iran anwachsen werden. Es gibt aber auch bedrohliche Momente für den Wechsel des Regimes. Das Regime könnte die wachsende Isolation durch außenpolitische Aggression kompensieren. Speziell die Atombombe und die Appeasementpolitik sind die einzigen Chancen für das Regime, seine umfassende Repressionswelle einzusetzen und aufrecht zu halten. Deshalb sind Kampagnen wie „Stop the Bomb“ und „Stop the Appeasement“ ein aktiver Beitrag für Menschenrechte im Iran.

AHADI: Ich habe die Frage ja vorhin schon teilweise beantwortet. Mir ist es wichtig zu betonen, dass im Iran eine säkulare Bewegung existiert. Wir leben in einer Welt, die Revolutionen irgendwie immer mit einem Fragezeichen versieht. Kapitalist_innen wollen suggerieren, dass es keine bessere Welt geben kann und versuchen, Revolutionen mit Gewalt gleichzusetzen. Ich gehöre aber zu einer Generation, die im Iran gegen den Schah eine Revolution begonnen hat. Wir haben immer gehört, Revolutionen seien scheiße und dass man es sich doch stattdessen zu Hause gemütlich machen kann. Im Iran erleben wir jetzt eine Revolution. Das zeigt auch den Leuten weltweit, dass Revolutionen möglich sind, wenn Massen von Menschen auf der Straße sind. Dies hat auch nichts mit Gewalt zu tun. Im Gegenteil: Das System setzt Gewalt gegen die Menschen ein.

Wie erklären Sie sich, dass innerhalb der deutschen Linken die realen Leiden der Iraner_innen so

vehement ignoriert werden?

MOUSSAVI: Es muss endlich bei vielen deutschen Linken, Intellektuellen und Politiker_innen von Bündnis90/Die Grünen ein politisches Umdenken in ideologischen und politischen Fragen stattfinden. Vor allem müssen sie erkennen, dass der Hauptfeind unserer modernen Zeit für die nachhaltige Entwicklung und Demokratie weder Imperialismus noch Zionismus, sondern Fundamentalismus und das religiös-faschistische System im Iran sind. Es darf nicht verharmlost werden, dass es auch Kooperationen zwischen dem iranischen Regime, den Islamist_innen mit den Neonazis der NPD gibt, dessen Hauptleidende die Immigrant_innen mit islamischem Hintergrund und speziell die Frauen sowie Schwule, Lesben, Bi- und transsexuelle Menschen sind. Ich sage offen und vernehmlich, auch im Interesse der Sicherheit Deutschlands: Linke müssen sich vom islamischen Regime und der Unterstützung seiner scheinbaren Friedenspolitik distanzieren, anstatt mit dem Verweis auf dessen vermeintlichen Antiimperialismus zu seinem Werkzeug zu werden.

AHADI: Was die parlamentarische Linke in Deutschland – also Linkspartei und die Grünen – betrifft, bin ich sehr kritisch. Viele Entwicklungen im Iran in den letzten 30 Jahren wurden einfach ignoriert. Was die Linkspartei betrifft, so hat dies sicherlich mit einem falsch verstandenem Antimperialismus zu tun. Ahmadinedschad wird da schnell zum Symbol des Antiimperialismus, wenn er vor den Vereinten Nationen vorgibt, gegen „die Imperialisten“ anzukämpfen. Auf der anderen Seite wird über die alltägliche Gewalt im Iran, beispielsweise das Steinigen von Frauen, Ehrenmorde, Zwangsheirat, Kopftuchzwang etc. geschwiegen. Seit 30 Jahren versuche ich, mit deutschen Linken über ihre verzerrte Wahrnehmung zu diskutieren. Sie wachen auch nicht auf, wenn die oben genannten Phänomene in der Bundesrepublik selbst zutage treten. Die Linke hat hier versagt.

Sollte ihrer Meinung nach die internationale Gemeinschaft Druck auf den Iran ausüben. Wenn ja, sehen Sie einen Sinn darin, ausschließlich politischen Druck aufzubauen oder befürworten sie wirtschaftliche Sanktionen. Letztere, so befürchten viele, träfen doch nur die Zivilbevölkerung.

MOUSSAVI: Die Politik und Wirtschaft im totalitären Mullah-Regime sind voneinander nicht zu trennen. Die Gas- und Öleinnahmen sind die wichtigsten Finanzquellen für das Regime. Diesbezügliche Verhandlungen werden durch den Revolutionswächter Pasdaran sowie durch die iranischen Sicherheitskräfte geleitet und abgeschlossen. Nach offiziellen Angaben der iranischen Nachrichtenagentur FarsNews leben derzeit mehr als 80 Prozent der Menschen im Iran an oder unter der Armutsgrenze. Gleichzeitig fließen die Öleinnahmen in den Ausbau des Repressionsapparats, in die Unterstützung von Terrorist_innen oder einfach in private Taschen des Establishments. Präsidentschaftskandidat Mohsen Rezaei zufolge sind 340 Milliarden US-Dollar an Einnahmen vor allem aus dem Öl- und Gasgeschäft in den letzten Jahren verschwunden. Nach 30 Jahren Terror, Wirtschaftsbeziehungen und Verarmung ist die Lage im Iran explosiv. Die Beschwichtigungspolitik und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Regime haben wesentlich zur Machtergreifung von Ahmadinedschad und der Militarisierung des Systems beigetragen. Ich als Oppositioneller fordere deshalb konsequente politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen das Regime. Diese Botschaft würde die Menschen im Iran mit Sicherheit zu Protesten gegen das Regime ermuntern, um endlich die eigentliche globale Gefahr, die ein atomar-bewaffneter Iran – auch für die Sicherheit Deutschlands – darstellt, zu beseitigen.

AHADI: Ich meine, internationale Organisationen oder Regierungen weltweit können gegen das islamische Regime etwas tun und ich denke, sie sind immer wieder zwei Schritte hinter den Menschen. Die Menschen sind jetzt auf der Straße und sie rufen oft „Nieder mit der Diktatur“ und europäische Regierungen diskutieren immer noch, was jetzt zu tun ist? Letztlich wird sich zeigen, sie möchten überhaupt keine Hilfe leisten für die Menschen im Iran. Aber ich denke, jede und jeder kann etwas tun. Weltweit fanden Demonstrationen statt, Tausende waren auf den Straßen, auch in europäischen Städten. Wir sollten die europäischen Regierungen unter Druck setzen, auch mit dem iranischen System verbandelte Institutionen. Das islamische Regime muß isoliert werden. Aus meiner Sicht können alle iranischen Botschaften geschlossen werden und im gleichen Atemzug

sollte erklärt werden, dass das islamische Regime keine Legitimation hat. Unsere Partei ist für politische Sanktionen und Isolation. Wir sind jedoch gegen die wirtschaftliche Isolation, weil sie den Menschen noch mehr Leid bringt, das haben wir im Irak gesehen. Dort haben sehr viele Kinder und Menschen unter diesen Sanktionen gelitten, wirtschaftliche Sanktionen richten sich gegen Menschen. Wir sind deshalb für eine politische Isolation.

Welche Einflußmöglichkeiten hat die exiliranische Community?

MOUSSAVI: Das Mullah-Regime ist im Iran bereits sehr schwach, jedoch ist es durch Appeasement außenpolitisch sehr einflußreich. Fakt ist, dass Europa und Deutschland weder Willen, Möglichkeiten oder Mut haben, sich der Arroganz der Mullahs ernsthaft zu widersetzen. Andererseits sind weder die iranischen Oppositionellen, noch die USA oder Israel allein im Stande, das mörderische System abzuschaffen. Die exiliranische Community sollten sich für eine internationale, antiklerikalfaschistische Zusammenarbeit gegen das Mullah-Regime einsetzen, um so den politischen Raum für dessen Schwächung, die Stärkung der iranischen Bevölkerung und der demokratisch säkularen Oppositionskräfte zu öffnen. Der beste Weg dahin ist meines Erachtens, die Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Projekte und Aktionen, wie sie z.B. „Stop the Bomb“ durchführt. Damit lassen sich ggf. wichtige Sanktionen, speziell im Energiesektor, gegen die Mullahs erreichen. Proteste gegen den „Kultur-Dialog“ mit dem Regime sind weitere denkbare Handlungsoptionen, wie sie in Berlin etwa während der letzten Berlinale oder bei der Premiere eines Theaterstücks von Claus Peymann durch die Gruppe „Against Appeasement“ stattfanden. Auch eine Mitte August durch Berliner Antifa-Gruppen Hand in Hand mit Exil-Iraner_innen vor der Berliner NUMOV-Zentrale organisierte Kundgebung ist zu erwähnen (siehe pankow.antifa.net/numov.htm). Das iranische Regime hat diese Aktion scharf kritisiert. So wurde im staatlichen Nachrichtendienst IRNA abfällig über die Kundgebung berichtet. Diese Aktionen bieten für die Thematisierung der Menschenrechtssituation im Iran regelmäßig Anlässe. Die Iraner_innen sollten gerade in diesem Jahr unbedingt an den

bevorstehenden Kundgebungen im September gegen den Al-Quds-Tag teilnehmen. Die exiliranische Community muß insbesondere die wirtschaftliche Unterstützung des Regimes in Deutschland politisch angreifen, etwa durch Reden bei Aktionärsversammlungen, bei denen Details über Irangeschäfte erfragt und veröffentlicht werden. Aktionen wie diese sind für die Unterstützung der iranischen Bevölkerung durch die Öffentlichkeit hierzulande unabdingbar. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die neuerliche Berichterstattung über von Nokia-Siemens-Network dem Mullah-Regime zur Verfügung gestellte Überwachungstechnik, was durch die Stop the Bomb-Koalition enthüllt wurde.

AHAD!: Im Iran ist eine Revolution im Gange. Weltweit waren Menschen aus diesem Grund auf der Straße. Das hat sehr schnell funktioniert. Ich organisiere seit Jahren Demonstrationen und wir haben zunächst immer wieder hunderte Menschen auf der Straße gesehen. Später waren es Tausende, was natürlich beeindruckend ist. Ich denke, es könnten noch mehr werden. Wenn Tausende auf den Straßen sind und fordern, etwas gegen das islamische Regime zu tun, dann geht dies auch an den Regierungen der europäischen Länder, Kanada und der USA nicht vorbei. Dies ist aus meiner Sicht sehr wichtig. Iran und die Geschichte des Iran ist mit dem Ausland eng verbunden. Ich denke, besonders die deutsche Regierung hat sehr viel Einfluss auf den Iran. Wir sollten daher auch in Deutschland auf die Straße gehen und von der Regierung beispielsweise die Schließung der iranischen Botschaft verlangen. Damit unterstützt man auch die Opposition im Iran.

Vor wenigen Tagen war ich im Auswärtigen Amt, dort habe ich auch gesprochen. Man muss den Menschen im Iran helfen, war meine Forderung. Angela Merkel sollte sehen, dass die Menschen für Freiheit, freie Meinungsäußerung und Wohlstand auf die Straße gehen. Frauen protestieren beispielsweise gegen den Kopftuchzwang und für das Scheidungsrecht – dies muss legitim sein. Die Menschen hier sollen verstehen, auch wenn man mit meiner Partei nicht einverstanden ist, die Menschen im Iran leben im 21. Jahrhundert, die

Frauen möchten frei leben und nicht wegen Sex gesteinigt werden. Kann Angela Merkel offen über diese Tatsache reden oder nicht?

Ich war mehrmals hier im Parlament, damals war Joschka Fischer Außenminister. Ich habe gegen ihn eine sehr scharfe Rede gehalten, worauf das Außenministerium geantwortet hat. Die TAZ hat diese Erklärung des Außenministeriums damals abgedruckt. Joschka Fischer sagte, es sei mit dem iranischen Regime hinter geschlossener Tür schon immer über Steinigung gesprochen worden. Aber was haben Herr Fischer oder alle Leute, die jetzt im Parlament sitzen, getan gegen die Ermordung und Steinigungen der Frauen? Es hat nicht geholfen! Das Gerede hinter geschlossenen Türen oder auch die Rede vom „kritischen Dialog“ war nur ein Deckmantel für die Zusammenarbeit mit dem islamischen Regime im Iran. Ich war 18 Jahre alt, als ich meine erste Steinigung gesehen habe und ich dachte, wenn die Weltöffentlichkeit so etwas hört, dann bleiben die Uhren stehen. Was soll das, dass eine Frau auf der Straße so erniedrigt wird? Die deutsche Regierung hat sehr gute Beziehungen zum Iran gehabt und hat noch immer einen großen Einfluß. Und wegen der tausenden ermordeten Frauen frage ich mich immer wieder: Was haben diese Politiker_innen dagegen getan? Wieso sagen sie nichts, wenn wir auf der Straße sind? Ich bin sehr scharf gegen die Iran-Politik Deutschlands und ich denke es bringt gar nichts, wenn Angela Merkel plötzlich feststellt, Ahmadinedschad ist nicht in Ordnung. Die Botschaft dieses Terrorregimes muß geschlossen werden. Dies wäre ein erster, notwendiger Schritt – nicht nur in Deutschland.



Stellungnahme zur rechts-offenen Location: „Neffen und Nichten - Rockbar“

Das „Neffen & Nichten“ wurde inzwischen in „Rockbar - für Toleranz gegen Rassismus“ umbenannt. An der Ausrichtung hat sich nichts geändert.

Stellungnahme herausgegeben von Antifa Klein Pankow, Antifa Prenzlauer Berg, Antifaschistische Schüler_innen Vernetzung, Emanzipative & Antifaschistische Gruppe, North-East Antifascists

Neffen, Nichten und „Onkelz“

Schon der Name „Neffen und Nichten“ (im Folgenden: N & N) der Kneipe mit Konzertraum in der Pankower Mühlenstr. 30 legt nahe, dass es sich um eine „Böhse Onkelz“-Fankneipe handelt. Diese Vermutung wird auf der Internetseite der Kneipenbetreiber_innen sofort bestätigt. Regelmäßig finden „Böhse Onkelz“-Partys und Konzerte mit entsprechenden Cover-Bands statt. (...)

Hier soll nicht die unendliche und unglaublich langweilige Debatte fortgesetzt werden, ob es sich bei den „Onkelz“ trotz ihrer verbalen Distanzierung um eine rechte Band handelte oder nicht. (...) Bis heute genießt die Band bei sehr vielen Rechten bis hin zu Neonazis Kultstatus, auch wenn die Fans der Band mit Sicherheit nicht pauschal als rechts eingeordnet werden können. Das von den „Onkelz“ inszenierte Klischee des gewaltgeneigten, einsamen, bösen, rebellischen Machos – wie viele Rockbands kultivierten auch die „Onkelz“ einen aggressiven Sexismus und Männlichkeitskult – blieb stets anschlussfähig für rechte Denk- und Lebenswelten. Das N & N beschränkt sich musikalisch-subkulturell bei weitem nicht auf die Pflege des unsympathischen „Onkelz“-Kultes, sondern deckt als „Rockbar“ tatsächlich ein ziemlich breites Spektrum ab. Unverkennbar ist jedoch der Schwerpunkt Streetpunk und Oi-Musik – und dazu gehört eine Szene, in der Offenheit gegenüber Neonazis, deutschnationale und rassistische Attitüden, Feindschaft ge-

genüber Linken und besonders Antifaschist_innen sowie ein ausgeprägter Sexismus und Homophobie sehr weit verbreitet sind.

Die Fakten, die Vorwürfe

Auffällig wurde das N & N zuerst am 08. Februar 2008, als eine größere Gruppe von ca. 15-20 Neo-nazis, unter ihnen bekannte Pankower NPD- und Kameradschaftsaktivist_innen, von dort aus über die Mühlen- und Florastr. zum mittlerweile geschlossenen Neonazi- und Rockertreffpunkt „Musik-Café“ in der Wollankstraße zogen und unterwegs zahlreiche neonazistische Aufkleber verklebten. Nachdem die lokale Neonaziszene eigene Treffpunkte, wie das Spasseck und das Musikcafé durch antifaschistische Intervention verloren hatte, wurden gerade Orte, wie das N & N, die nicht klar als Neonazitreffpunkte einzuordnen sind attraktiver. Seitdem riss die Kette von problematischen Wahrnehmungen nicht mehr ab:

Besucher_innen der Kneipe, die selbst zur Punk- und Oi-Szene gehören und sich als antifaschistisch verstehen, berichteten 2008 und 2009 von eindeutig neonazistischen Aufdrucken und Aufhängern auf der Kleidung von N & N-Gästen, vom massiven Auftreten der bei Rechten beliebten Modemarke „Thor Steinar“, von rassistischen Sprüchen innerhalb der Kundschaft der Kneipe und von Abenden, an denen Teile der Kundschaft antifaschistische Lieder grölten. (...) Die Bildergalerien auf der Internetseite



Der Lichtenberger Neonazi Alexander Basil



Pankower NPD-Aktivist



des N & N zeigen ein Foto, auf dem der Lichtenberger Neonazi Alexander Basil zu sehen ist, sowie ein anderes Foto, auf dem ein Party-Besucher ein T-Shirt mit einem Aufdruck der „Lunikoff-Verschwörung“ trägt, dem Musikprojekt des ehemaligen „Landser“-Sängers Michael Regener. (...)

Jedoch lässt sich das N & N keinesfalls als Neonazi-Treffpunkt klassifizieren. Auf ihrer Internetseite positionieren sich die Betreiber_innen immerhin, wenn auch in höchst zweifelhafter Weise, gegen Rechtsextremismus (wie auch gegen „Linksextremismus“). Eindeutig rechte Aufnäher, Parolen, Symbole usw. sind wie auch linke unerwünscht, wobei unklar ist, inwiefern diese Linie praktisch umgesetzt wird. Besucher_innen der Kneipe berichten, dass an manchen Abenden zahlreiche Gäste linke Symboliken wie etwa „Good night white pride“-T-Shirts tragen und dass in der Kneipe Plakate mit eher linker subkultureller Note hängen. Sicherlich ist die Zusammensetzung der Besucher_innen stark vom jeweiligen Musikangebot abhängig. Im N & N sind auch mehrmals Bands aufgetreten, die sich antifaschistisch und links verorten. Zumindest bei einem Konzert in 2009 war auf der Bühne eine Plastikpuppe mit der Aufschrift „Kein Sex mit Nazis“ zu sehen. (...)

Das N & N ist kein Neonazitreffpunkt und schon gar keine Location mit linkem Anspruch, sondern ein klassischer Fall der subkulturellen Grauzone im Skinhead-, Punk- und Rockmilieu.

Die Positionierung des N & N im Internet

Diese Handlungsweise der Kneipenbetreiber_innen erscheint nur logisch, wenn mensch sich die politischen Aussagen auf der Internetseite des N & N anschaut: Ganz im Stile des staatlichen Extremismusbegriffs wird hier Links und Rechts gleichgesetzt – mit beidem will mensch nichts zu tun haben. Um keine Stellung gegenüber menschenverachtenden Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus beziehen zu müssen, sollen, laut ihrer damaligen Internetseite, gar keine politischen Diskussionen im N & N stattfinden. Abgesehen davon, welch geistige Verflachung es bedeutet, wenn Menschen wie die Betreiber_innen des N & N jegliche politische Dimension aus der Rockmusik, der Jugendkultur und der Party-Feierei herausnehmen wollen, macht genau diese Attitüde breite Einfallstore für Neonazis in die Skinhead-, Punk- und Rockkultur auf und sorgt dafür, dass Neonazis dort immer wieder warme, kuschlige Plätzchen finden, in denen sie sich breit machen und ihre Ideologie kundtun können. Menschenverachtende Ideologien, die immer wieder zu

Gewalt- und Mordtaten gegenüber als nicht-deutsch definierten Menschen, Homosexuellen, Linken, Frauen usw. führen, werden auf eine Stufe mit den Bestrebungen gestellt, gegen genau diese Ideologien vorzugehen und für Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einzutreten. Dies bedeutet eine Verharmlosung von Neonazismus und anderen reaktionären, anti-emanzipatorischen Ideologien und zeugt von der Unfähigkeit der Betreiber_innen des N & N, die Perspektive derjenigen Menschen einzunehmen, die immer wieder zu Opfern der Neonazis werden und sich mit ihnen zu solidarisieren.(...) Den Beweis dafür, dass *„unpolitisch“* in Deutschland meistens so viel wie *„rechts“* bedeutet, liefert die Internetseite des N & N gleich selbst:

Sie verlinkt eine andere Seite mit dem an sich vernünftigen Titel: *„Du sollst Skinheads nicht mit Nazis verwechseln!“* Hinter dem akzeptablen Titel verbergen sich allerdings massiv deutschnationale und gegenüber allem Linken extrem feindliche Inhalte frei nach dem Motto: *„Nichts gegen eine gesunde rechte Einstellung, aber keine Gewalt“*. Dass rechte Einstellungen an sich immer Ausgrenzung und Unterdrückung beabsichtigen und somit Gewalttaten zumindest ermöglichen und vorbereiten, wird hier völlig ausgeblendet. Den Leuten, die solch angeblich unpolitische Inhalte verbreiten, egal ob N & N oder dem/der gewöhnlichen Oi auf der Straße, geht es einfach nur darum: Ungestört von Kritik oder Widerstand die eigene ressentimentgeladene Identität zu feiern. Kein Wunder, dass sich Neonazis in solchen Kreisen immer wieder wohl fühlen können.

Handlungsoptionen

Das N & N ist sicher keine Neonazikneipe, sondern repräsentiert wie die gesamte Grauzone im Skinhead-, Punk- und Rockmilieu in subkultureller Verkleidung eigentlich nur das, was sowieso gesellschaftlicher Mainstream ist. Die sich da oft genug als unangepasst und rebellisch inszenieren, sind mit ihrer feigen Angst, in gesellschaftlichen Konflikten Partei zu ergreifen, ihrer Gleichgültigkeit gegenüber Ausgrenzung und Unterdrückung und ihrer

unsäglichsten Platttheit in Wirklichkeit die aller-normalsten Spießer_innen. Diese Einbettung in die schlechte deutsche Normalität macht einen Schuppen wie das N & N einerseits immer wieder zu einer Partyoption für Neonazis, Rassist_innen, Nationalist_innen, Sexist_innen und Schwulen- und Lesbenhasser_innen und erschwert andererseits eine wirkungsvolle linke und antifaschistische Intervention.

Es wäre sinnlos, von den Betreiber_innen des N & N zu verlangen, dass sie auf einmal ganz Andere werden und sich der emanzipatorischen Linken anschließen sollen. Aber verlangen können antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen, dass das N & N:

- anders als bisher, erkennbaren und bekannten Neonazis den Einlass verweigert,
- sich eindeutig gegen rechte Ideologien positioniert,
- und der Hetze gegen Linke und Antifaschist_innen, wie sie von Ois, beispielsweise der Band *„Grenzdebil“* ausgeht, keine Bühne bietet.

Die Antifa-Gruppen im Berliner Nordosten werden das N & N in jedem Fall genau im Auge behalten. Sollten sich die Betreiber_innen aufgeschlossen und selbstkritisch zeigen, können Antifaschist_innen sicherlich praktische Hilfestellung dabei leisten, die Betreiber_innen und Mitarbeiter_innen des N & N gegenüber Erscheinungsformen rechter Strömungen zu sensibilisieren. Sollten sich jedoch die Anzeichen weiter verdichten, dass da in der Mühlenstr. in Pankow ein neues Biotop und Rekrutierungsfeld für Neonazis entsteht, dann muss das N & N mit entschlossenen und vielfältigen Maßnahmen von antifaschistischer Seite rechnen.

Ansonsten ist es vor allem die Aufgabe linker und antifaschistischer Menschen im Skinhead-, Punk- und Rockbereich, in ihren jeweiligen Kulturen und Milieus den Kampf gegen rechte Tendenzen zu führen und diese Szenen zu Orten zu machen, in denen Menschen unabhängig von Herkunft, Aussehen, Geschlecht, sexueller Orientierung, Geldbeutel usw. feiern und Spaß haben können.

Kriegslogistik, made in Germany

„Briefkästen wurden olivgrün angemalt“, „Autos von DHL angezündet“, „Scheiben bei Gebäuden der Deutschen Post eingeschmissen und antimilitaristische Parolen drangesprüht“. Solche Schlagzeilen sind in letzter Zeit häufiger zu lesen. Doch warum gerade die Post, welche uns täglich Briefe und Pakete bringt?

Von Antifa Prenzlauer Berg

„Mehr als nur Pakete versenden.“



Im Hauptfokus der Antimilitarist_innen steht die Tochterfirma der Post, die DHL, welche in erster Linie weltweite Marktführerin für internationalen Expressversand und Überlandtransport sowie die internationale Luft- und Seefrachtbeförderung ist. Seit 2003 wird das gesamte Fracht- und Express-Geschäft der Deutschen Post unter dem Dachnamen DHL betrieben.

Die Deutsche Post und der Irakkrieg

Nach der Aufhebung der UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak im Mai 2003, begann die DHL als erstes Unternehmen, Logistikdienstleistungen vor Ort anzubieten. Hauptkunde im Irak war und ist bis heute das US-Militär, wodurch DHL vom reinen Profiteur des Irakkrieges zum unmittelbaren Kriegs- und Besatzungshelfer avancierte. Die DHL transportiert hierbei die Kriegsgüter in gepanzerten und unmarkierten Fahrzeugen. Der Ex-Militär Paul Gillet koordiniert die Logistik-Geschäfte im Irak und betreut somit ein Team verschiedener Söldner und „Experten“ mit militärischem Hintergrund, wie ehemalige

„Mehr als nur Pakete versenden.“

britische Soldaten, die für die Absicherung der Transporte angeheuert wurden. Die Deutsche Post AG als Konzernmutter der DHL ist um Diskretion bemüht und versucht die Fracht gegenüber der Öffentlichkeit auf Post für die US-Soldaten herunter zu reden. Zu der Rolle der DHL im Irakkrieg gab es bereits eine Auseinandersetzung der Deutschen Post AG im April 2008, bei der dem Vorstandsvorsitzenden Frank Appel von kritischen Aktionären vorgeworfen wurde, die Mitwirkung des Konzerns zu verschleiern.

Normalisierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit

Die Bundeswehr befindet sich gerade im umfangreichsten Privatisierungs- und Umstrukturierungsprojekt ihrer Geschichte. Dabei wird ein großer Teil ihres Transports und ihrer Logistik im Rahmen einer so genannten „Public Private Partnership“ auf zivile Unternehmen ausgelagert. Dieser größte ausgeschriebene Auftrag der deutschen Transportbranche umfasst die Lagerung und Bewirtschaftung von Bundeswehr-Material sowie den weltweiten Transport von Kriegsgeschütz, Soldaten, Munition, Treibstoffen. Unter den Bewerbern sind neben der DHL auch die Deutsche Bahn, allerdings hatten ausländische Logistikfirmen aus Gründen der nationalen Sicherheit keine Chance. Die DHL hat auf Grund ihrer umfangreichen bisherigen Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der logistischen Expertise, die das Unternehmen an der Seite der US-Streitkräfte seit 2003 im Irakkrieg gesammelt hat, sich aktiv am Krieg beteiligt. Die zivil-militärische Zusammenarbeit zwischen der Post und der Bundeswehr besteht bereits seit längerem. Schon 2002 wurde ein Rahmenvertrag zwischen beiden Partnern geschlossen, welcher den Versand von „*eiligen militärischen Dokumenten*“, militärischer Ausrüstung sowie Verbrauchsgütern beinhaltete.



PR der Deutschen Post für die Bundeswehr?!

Aufgrund des schlechter werdenden Ansehens der Bundeswehr in der Öffentlichkeit sowie steigender Ausmusterungen und Rekrutierungsproblemen bei Jugendlichen, startete die Deutsche Post Ende August 2008 eine PR-Offensive. Mit großformatigen Postplakaten, auf denen ein deutscher Soldat seine, von der DHL nach Afghanistan geschaffte, Feldpost preist, will man „zu Hause“ Akzeptanz schaffen. „*Es soll den Soldatenberuf in der Gesellschaft präsent machen*“, sagt Udo Eschenbach, „*Konzernrepräsentant Military Affairs Bundeswehr/NATO*“ bei der Deutschen Post über das Plakat. Die Beteiligung der Bundeswehr an Menschenrechtsverletzungen wie zuletzt am 4. September 2009, wo unschuldige Zivilisten als Kollateralschaden in Kauf genommen wurden, werden bewusst verschwiegen und auf Nachfrage nicht kommentiert.

Weitere Infos: www.dhl.blogsport.de

Wen interessiert schon Fachwissen, wenn es um Kinder geht?

Im Juni diesen Jahres wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD der Gesetzesentwurf zur Sperrung von kinderpornographischen Inhalten im Internet beschlossen.

Auf den ersten Blick scheint dies ein un-terstützenswertes Vorhaben zu sein. Es ist durchaus berechtigt, die Verbreitung von Kinderpornographie einzuschränken und das Treiben der Macher_innen zu beenden. Doch sind Internetsperren hierfür das richtige Mittel?

Von Antifa Prenzlauer Berg



Bei genauerer Betrachtung der Details wird deutlich, dass die Internetsperren leicht zu umgehen sind. Im Internet kursieren bereits Anleitungen, um dies innerhalb von wenigen Sekunden zu tun. Gesperrt wird nicht die Seite an sich, sondern nur der Dienst, der die Seite anhand der Adresse übermittelt. Das lässt sich mit einem Telefonbuch vergleichen, in dem zu jedem Namen eine Telefonnummer zugeordnet ist. Die Internetsperre sorgt nun dafür, dass an Stelle der richtigen „Nummer“, ein Stop-Schild gezeigt wird. Mit Kenntnis der richtigen „Nummer“ lässt sich das „Telefonbuch“ jedoch umgehen und die Seite wird nach wie vor angezeigt. Außerdem sind bloß Internetanbieter mit mehr als 10.000 Kund_innen verpflichtet, die Sperren durchzuführen. Öffentliche Ein-

richtungen sind ebenfalls ausgenommen.

Die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) behauptet jedoch, dass auch eine Zugangserschwerung schon Wirkung zeigt, da nicht alle Internetnutzer_innen über das Fachwissen verfügen, eine solche Sperre zu umgehen. Als Beispiel führt sie Schweden an, das bereits Internetsperren für kinderpornographische Inhalte eingeführt hat. Jedoch gestand die schwedische Polizei die Untauglichkeit solcher Maßnahmen längst ein. „*Leider gelinge es durch Sperren nicht, die Produktion von Webpornografie zu vermindern*“, sagte der Chef der Polizeiermittlungsgruppe gegen Kinderpornografie und Kindesmisshandlung in Stockholm, Björn Sellström, in einem Interview.

Dass die Erfahrungen aus anderen Ländern mutwillig ignoriert wurden zeigt, dass die Einführung von Internetsperren reiner Wahlkampfpopulismus sind. Außerdem reichen die bereits bestehenden Mittel völlig aus, um fast alle kinderpornographischen Inhalte zu löschen. Bei einer Aktion des „Arbeitskreises gegen Internet-Sperren und Zensur“ wurden innerhalb von 12 Stunden über 60 Internetseiten mit kinderpornographischen Material von den Providern gelöscht ^[1]. Und das nur auf Grund einer einzigen Mail an die Hoster_innen. Dazu sollten eigentlich auch die Ermittler_innen beim Bundeskriminalamt fähig sein. Besonders blödsinnig sind jedoch die Behauptungen der Bundesfamilienministerin, dass es einen „schnell wachsenden“, boomenden, kommerziellen Massenmarkt für Kinderpornographie im frei zugänglichen Teil des Internets gäbe. Während die Bundesregierung unter Berufung auf das Bundeskriminalamt erklärt, dass sich im Jahr 2007 die Vorfälle mehr als verdoppelt hätten, offenbart ein Blick in die Kriminalstatistik ^[2] das Gegenteil. Die Behauptung

der Ministerin ist somit nicht belegt und einfach absolut unplausibel. Diese macht so Wahlkampf auf dem Rücken der Betroffenen.

Es ist also nur verständlich, dass sich über 134.000 Menschen an einer Petition gegen Internetsperren beteiligten. Bereits kurz nach Verabschiedung des Gesetzes gab es Stimmen danach, Internetsperren auch auf andere Inhalte auszuweiten. Rechtskonservative Politiker wollen „Killercomputerspiele“ und legale Pornographie einschränken, während die Musikindustrie ihre Chance wittert, gegen kostenlose Musikdownloads vorzugehen. Da liegt die Frage recht nah, ob es bei der Einführung von Internetsperren wirklich um Kinderpornographie ging. Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, dass auf den Sperrlisten auch viele politisch unliebsame Seiten auftauchten. Auch in Deutschland werden die Sperrlisten in Zukunft von keiner unabhängigen Instanz geprüft. Besitz und Verbreitung der Listen ist außerdem strafbar. Es gilt also die Augen zu öffnen, da einer Internetszensur nun Tür und Tor geöffnet ist.

NA ENDLICH!

Ursula von der Leyen (CDU) bekämpft erfolgreich Altersarmut und Obdachlosigkeit



Fußnoten:

[1] www.ak-zensur.de/2009/05/loeschen-funktioniert.html

[2] www.bka.de/pks/zeitreihen/pdf/to1.pdf

Von Gewissheiten und Spielregeln

Eigentlich war es ein Freitagabend wie viele andere auch. Christian war mit einigen seiner Leute auf eine Party gegangen, hatte getrunken, getanzt und Gespräche über die am Sonntag bevorstehende Anti-Nazi- Demo geführt. Als es schon spät wurde und die meisten seiner Leute gegangen waren, kam er mit Tina, die er flüchtig aus dem Freund_innenkreis kannte, ins Gespräch und es war schnell klar, dass ein beiderseitiges Interesse bestand, den Abend gemeinsam ausklingen zu lassen.

Von Desperados Berlin

Also gingen die beiden gemeinsam zu Tina. Auch wenn es nicht das erste Mal war, dass Christian eine Party in Begleitung verließ, war er doch etwas aufgeregt, denn Tina gefiel ihm schon seit längerem wirklich gut.

Bei Tina angekommen ging es schnell zur Sache. Nach einiger Zeit, in der auch schon einige Kleider ausgezogen wurden, so dass die beiden fast nackt und sichtlich erregt waren, fragte Tina Christian, ob er mit ihr schlafen wolle. Als dieser bejahte, griff Tina in die Schublade ihres Nachttischs. Doch statt des von Christian erwarteten Kondoms, was, wie Christian aus Erfahrung wusste, an dieser Stelle meist zum Vorschein kommt, hielt Tina einen beachtlichen Dildo zum Umschnallen in der Hand. Christian erschrak. Was hatte das zu bedeuten? War ihr etwa sein Penis nicht groß genug? Bevorzugte sie tatsächlich einen Dildo? Verunsichert und auch ein wenig gekränkt schaute er Tina fragend an (im Bett über Sex sprechen war noch nie Christians Stärke gewesen). Erst als Tina begann, sich selbst den Dildo umzuschlingen, begann Christian langsam

zu begreifen. „Keine Sorge, ich werde ganz vorsichtig sein“, sagte Tina lächelnd: „Beim ersten Mal tut es immer ein wenig weh“.

Der Sex zwischen Männern und Frauen kennt verschiedene Variationen, vom Oralsex über unterschiedliche Positionen, die spätestens mit dem ersten Blick in die BR AVO bekannt sind.

Eine Komponente scheint hierbei jedoch unhinterfragt und für alle Beteiligten von vornherein festzustehen: Wer dringt ein, und in wen wird eingedrungen?

Was würde sich ändern, wenn auch diese Rollen beim heterosexuellen Sex zur Verhandlung stehen und die alten Selbstverständlichkeiten nicht mehr so sicher erscheinen würden? Auch Männer mal die Erfahrung machen würden, penetriert zu werden, wodurch ihnen auch mal die „andere“ Seite zukommen würde? Und Typen auch damit rechnen müssten, darauf angewiesen zu sein, dass die Frau vorsichtig und sensibel ist. Würde sich das Wissen darüber, dass Sex nicht unbedingt nach dem üblichen Schema und den gewohnten Rollenverteilungen ablaufen muss, nicht auch auf die vorhergehenden Anmachrituale aus-



wirken? Was würde sich ändern, wenn im Club noch nicht klar ist, wer hier später wen fickt?

Welche Rollenerwartungen knüpfen sich an das „Eindrigen“? Wieso ist er meist der, der sie „rumkriegen“ muss, oder hat sie oft gleich den Eindruck, dass es ihm nur um „das Eine“ geht? Gerade, wenn man sich nicht gut kennt und unsicher im Umgang miteinander ist, passt es gut, wenn die Abfolge von Knutschen, Fummeln und miteinander schlafen, beiden irgendwie klar ist. Letztendlich erzeugt dieses Schema aber auch den Druck, alles andere was möglich ist, auszublenden. Dass er zum Beispiel eigentlich lieber kuscheln will oder sie Lust auf eine etwas andere Rolle hat, als die gemeinhin erwartete.

Natürlich hängt am Sex nicht die ganze Welt, auch wenn das manchmal gern behauptet wird. Die bestehenden Geschlechterverhältnisse ändern sich mit Sicherheit nicht allein durch unkonventionelle Sexualpraktiken. Und doch hätte ein Umdenken in solchen bisweilen meist unangetasteten Sphären des Alltags womöglich nicht ganz unbedeutende Folgen für die Geschlechterpraxis und könnte dem all umfassendem Heterosexismus ein ganzes Stück an Dominanz nehmen.

Drei Monate später verließ Christian eine Party wieder in Begleitung, diesmal war es Gaby. Bei Gaby angekommen ging es schnell zur Sache. Nach einiger Zeit, in der auch schon einige Kleider ausgezogen wurden, beide sichtlich erregt waren, fragte Gaby Christian, ob er mit ihr schlafen wolle. Als dieser bejahte, griff Gaby in die Schublade ihres Nachschrankes. Erwartungsvoll beobachtet Christian sie dabei. Zu Christians Enttäuschung war es diesmal jedoch nur ein Kondom, das zum Vorschein kam.

Dieser Text ist der Broschüre „ASISM“ Nr. 3 des Antisexismusbündnisses Berlin entnommen.

www.asbb.blogspot.de



Diese Spazierordnung ist natürlich falsch. An den Straßenrand gehört der Herr und nicht das Kind. Dieses gehört in die Mime, auch wenn der Herr bei ungefährlichem Wagenverkehr die Dame rechts gehen ließe.

Die Rote Kapelle

Geht es in der deutschen Öffentlichkeit um Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nazireich, ist fast immer vom 20. Juli 1944 und Graf Stauffenberg die Rede. So auch im Jahr 2009. Erinnert sei hier an den Kinofilm „Operation Walküre“. Wie so häufig, wird es auch im Film unterlassen, zu hinterfragen, welche Motive die Verschwörer des 20. Juli hatten. Ebenso wenig wird reflektiert, dass Stauffenberg eine Person war, die den Krieg der Nazis und das System des Nationalsozialismus' nie in Frage gestellt hat. Auf der anderen Seite ist über lokale Widerstandsgruppen und soziale Netzwerke, die gegen den Nationalsozialismus kämpften, wenig bekannt. Beispielsweise über den Widerstand der sogenannten „Roten Kapelle“. Widerstand wurde während der Zeit des Nationalsozialismus jedoch von unterschiedlichsten Gruppen und Personen und aus vielfältigen Motiven heraus geleistet.

Von *Emanzipative & Antifaschistische Gruppe*

Öffentliche Wahrnehmung und Erinnerung sind sehr unterschiedlich ausgeprägt, extrem differierten diese zwischen Bundesrepublik und DDR. Während die Mitglieder der „Roten Kapelle“ in Westdeutschland als Landesverräter_innen angesehen wurden, waren es in Ostdeutschland „Kundschafter für die Sowjetunion“. Wegen ihrer kommunistischen Ausrichtung erhielt die „Rote Kapelle“ in der DDR besondere Anerkennung. Sie diente der Darstellung einer ungebrochenen Kontinuität des kommunistischen, von der KPD geführten, antifaschistischen Widerstandes. Die Ausgrenzung und Diffamierung bezog sich oftmals auf Gestapoakten und auf die Aussagen des Hauptanklägers der „Roten Kapelle“, Manfred Roeder. Prägend für den heutigen Erinnerungsdiskurs im vereinigten Deutschland bleibt, dass das Gedenken an den Widerstand als Geschichte von einzelnen Helden und als das Werk

von großen Männern dargestellt wird. Es wird das Bild transportiert, als hätte es Frauen im Widerstand nicht gegeben.

Die „Rote Kapelle“ zählt zu den größten Widerstandsorganisationen, die gegen den Nationalsozialismus kämpften. Ihren Namen „Rote Kapelle“ erhielt die Gruppe von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), die die Gruppe als „kommunistische Organisation und Teil eines sowjetischen Spionagenetzes (...)“ verfolgte. Allerdings war die „Rote Kapelle“ mitnichten ausschließlich eine kommunistische Gruppe und auch kein Spionagenetz. Vielmehr war sie ein Zusammenschluss von befreundeten Menschen, die dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden.

Schon im Jahr 1933 trafen sich verschiedene Personen um die Ehepaare Arvid und Mildred Harnack sowie Adam und Greta Kuckhoff, um politische Fragen zu diskutieren. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges baute die „Rote Kapelle“ ihre Widerstandstätigkeiten aus und die unterschiedlichen Freund_innenkreise arbeiteten enger zusammen. Im Juni 1941 wurde versucht, Funkkontakt mit Moskau aufzunehmen, was jedoch erst im Herbst 1941



Mildred Hamack

gelang. Daraufhin schickten sowjetische Geheimdienstmitarbeiter_innen 1942 einen verschlüsselten Funkspruch an ein Mitglied der „Roten Kapelle“, welcher Namen und Adressen von Widerstandskämpfer_innen enthielt. Diesen Funkspruch fing allerdings die Gestapo ab und dechiffrierte ihn.

Daraufhin überwachten die Nazis einige Mitglieder der „Roten Kapelle“, um sie letztlich zu verhaften. Harro Schulze-Boysen wurde am 31. August 1942 inhaftiert. Eine Woche später wurde auch seine Ehefrau Libertas Schulze-Boysen festgenommen, als sie gerade mit einem Zug aus Berlin fliehen wollte. Vorher hatte sie noch versucht, andere Mitglieder der „Roten Kapelle“ zu warnen und „belastende“ Dokumente beseitigt. Fast zeitgleich wurden auch die Harnacks im Urlaub inhaftiert. Am 19. September 1942 kam es zur Verhaftung von Adam Kuckhoff in den Brandow-Filmstudios in Prag. Gleichzeitig wurden 18 Angehörige der „Roten Kapelle“ in Berlin in Haft genommen, darunter Greta Kuckhoff. Bis März 1943 kam es zu insgesamt 139 Verhaftungen. Sie wurden allesamt in die Gestapozentrale in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße gebracht und dort erkennungsdienstlich behandelt. Die Gestapo legte ein Album mit Fotos von Mitgliedern der „Roten Kapelle“ an. Während der Vernehmungen kam es zu Folterungen durch die Gestapo. Insgesamt wurden 65 Todesurteile vollstreckt.

Frauen wurde eine Beteiligung am „aktiven“ Widerstand lange Zeit abgesprochen und es galt für sie das Diktum, sie hätten nur „passiven“ Widerstand geleistet. In der Widerstandsforschung wird davon ausgegangen, dass der Anteil von Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bei etwa 15 Prozent lag, wobei bei Alltagskonflikten mit dem NS-Regime von einem etwas höheren Anteil ausgegangen werden kann (15 bis 22 Prozent). In der Berliner Gruppe der „Roten Kapelle“ wirkten circa 40 Prozent Frauen mit. Unter den 139 Personen, die 1942 als Mitglieder der „Roten Kapelle“ verhaftet wurden, befanden sich 52 Frauen, von denen 36 dem engeren Widerstandskreis der Gruppe zugeordnet werden können. Die Zusammensetzung der Frauen, die in der Organisation Widerstand leisteten, war sehr unterschiedlich. Sie setzten sich aus Kommunistinnen, Christinnen, Demokratinnen, Humanistinnen, Sozialdemokratinnen und Künstlerinnen zusammen.

So unterschiedlich ihre politische Motivation war, sie alle einte jedoch die Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie. Sie definierten sich nicht über ihre Freund_innen und Männer und entsprachen auch nicht dem Frauenbild der Nationalsozialisten. So setzte sich beispielsweise Mildred Harnack immer wieder für Gleichberechtigung und Emanzipation ein. Die Frauen leisteten weit gefächerten Widerstand. Sie erledigten Schreibarbeiten, vervielfältigten und verteilten Flugblätter, übersetzten Texte, hörten ausländische Sender ab, halfen verfolgten jüdischen Menschen, besorgten Lebensmittelkarten und Papiere, stellten ihre Wohnungen für illegale Treffen und Besprechungen zur Verfügung, versteckten Funkgeräte usw. Diese historisch einmaligen Intensität ihres widerständigen Handelns ist in keiner anderen deutschen Widerstandsgruppe bekannt.

Obwohl nicht gern gesehen, organisierten Angehörige und Sympathisant_innen linker Widerstandsaktivist_innen direkt nach 1945 eine ganz eigene antifaschistische Erinnerungsarbeit. Mit der Zielsetzung, dass der Widerstand gegen das NS-Regime und die Verbrechen der Nazis nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Die Kämpfer_innen und ihre Familienangehörigen wollten den Widerstand und dessen Motive aus einer lebensgeschichtlichen Perspektive rekonstruieren. Gleichzeitig ging es ihnen darum, verantwortliche NS-Kriegsverbrecher juristisch bestrafen zu lassen.

Es bedurfte einen Abstand von fünfzig Jahren zu den Verhaftungen des Jahres 1942, bis eine sachliche und differenzierte Diskussion um den Platz der „Roten Kapelle“ in der Geschichte des deutschen Widerstandes möglich wurde.

Jedoch hat der Deutsche Bundestag die wegen „Kriegsverrats“ verurteilten Mitglieder der „Roten Kapelle“ bis heute nicht rehabilitiert. Auch in der Gegenwart verhält es sich so, dass in der offiziellen Erinnerung der kommunistische Widerstand noch immer als Randthema behandelt wird. Im Gegensatz dazu steht die „inoffizielle“ Erinnerung, hier kommt in der Fachliteratur zu Widerstand in Deutschland dem kommunistischen Widerstand wie der „Roten Kapelle“ eine wachsende Bedeutung zu.

Anzeigen:

Germany

Dicke Antifa-Soli-Party

So. 1. Oktober 09 - 21.00 / zur Feiernahme der Berliner Mauer nach Leipzig
in den Räumen des Subversiv & Co. (Oranienstraße 71/13.094 Rosenhöhe) 70522

DJ Miro Sonic
(Jungsongs / Electro vom Teufel)

DJ KoKu
(90s Mixtape)

und weitere
(Electro, RnB & Trash)

www.anti-ff.de

still not lovin'

Germany

Die Revolution – ein Mythos
Die Freiheit – eine Force

Deutschland – eine Zumutung

Bundesweite Demonstration

10. Oktober 13.00 Uhr am Hauptbahnhof Leipzig

anti2009.blogspot.de

check out: www.helle-panke.de --> Junge Panke

09. bis 11. Oktober Politisch Organisieren
Werkzeuge zum Politik-Machen

17. Oktober Rassismus und Kapitalismus
Herrschaftsformen im Zusammenhang denken

20. bis 22. November Ein Gespenst geht um in Europa?
Seminar zum Kommunistischen Manifest

Helle Panke
SOLG 1990

"Helle Panke" e.V. - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
Kopenhagener Str. 76 - 10437 Berlin
tel 030 - 47 53 87 24 / fax 030 - 47 37 87 75
info@helle-panke.de

Gegen Pressehetze & Staatsschutzkonstrukte

WWW.FREE-ALEXANDRA.RU

EMERSON

Termine

18.09. - 19:00 - Tristeza

(Pannierstr. 5, Neukölln)

Infoveranstaltung

„Rechtswidrig aber straffrei - Abtreibung in Gesetz und Praxis“

Mit: Dr. med. Blanka Kothé und Prof. Dr. Ulrike Busch

www.no218nofundis.wordpress.com

19.09. - 15:00 - Bhf. Wittenberg

Freiraumdemonstration

„Für ein autonomes Zentrum“

Nach der Räumung des Squats in Wittenberg fordern die ehemaligen Besetzer ein Ausweichobjekt von der Stadt.

www.squatwittenberg.tk

19.09. - 19:00 - Bandito Rosso

(Lottumstraße 10a / U-Bhf R-Luxemburg-Platz)

Mobilisierungsveranstaltung

„1000 Kreuze in die Spree“

Am 26.09. wollen christliche Fundamentalist_innen und selbsternannte Lebensschützer durch Berlin ziehen. Wir wollen dies nicht zulassen und geben Euch heute die letzten Infos.

www.no218nofundis.wordpress.com

19.09. - 14:00 - Prerower Platz

(Nähe S-Bhf Hohenschönhausen)

Festival

Bands: Monkey Mob, Imlch, Your World Dies, The Big Ride und DJ Bela mit politischer Diskussion, Skatecontest, Sprüchwänden, Infoständen, Essen und Trinken.

www.livin-n-concrete.de.tc

26.09. - 12:30 - Rotes Rathaus

(Nähe S&U-Bhf Alexanderplatz)

Protest-Kundgebung

„1000 Kreuze in die Spree“ - Abtreibungsverbot (§218) abschaffen / Gegen christlichen Fundamentalismus - Protest gegen den „1000 Kreuze-Marsch“ der sog. Lebensschützer.

www.no218nofundis.wordpress.com

01.10. - 19:00 - Bandito Rosso

(Lottumstraße 11a, nahe U-Bhf Rosa Luxemburg Straße)

Antifa-Solitresen

Einmal monatlich veranstaltet die Antifa Prenzlauer Berg ihren Solitresen.

Infos: www.antifa-pberg.de/uv

02.10. - 19:00 - Dosto Bernau

(Breitscheidstr. 43c, Nähe S.Bhf Bernau)

Antifa-Mobilisierungsveranstaltung

Die letzten Informationen zur Demonstration in Leipzig am 10. Oktober.

Danach: Party mit „Electrobär“

Infos: www.antifa-bernaue.tk

03.10. - 19:00 - in den Räumen des Subversiv e.V.

(Brunnenstraße 7, U.Bhf Rosentaler Platz)

Antifa-Mobilisierungsveranstaltung

Die letzten Informationen zur Demonstration in Leipzig am 10. Oktober.

Danach: Party mit DJ KoKu, DJ Miro_Sonic (angefragt) und anderen Pop-80s-Trash-DJs

Infos: www.pankow.antifa.net

05.10. - 19:00 - JUP

(Florastraße 84, Nähe S&U-Bhf Pankow)

Antifa-Infocafé

„Geschichte und Aktualität des Nationalismus in Deutschland“ mit Michael Moreitz

Infos: www.pankow.antifa.net

10.10. - 13:00 - Hauptbahnhof Leipzig Bundesweite Demonstration

Anlässlich der Wiedervereinigung, des nationalen Taumels und der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus gibt es am 10. Oktober eine bundesweite Antifa-Demonstration.

Aus Berlin wird es Busse geben.

Infos: www.pankow.antifa.net

Links&Locations

Antifaschistische Aktion Bernau

Web: www.antifabernau.blogspot.de

Mail: kontakt@antifa-bernaueu.tk

Antifaschistische Schüler_innen

Vernetzung Pankow

Web: www.asvantifa.blogspot.de

Mail: asvberlin@yahoo.de

Antifa Prenzlauer Berg

Web: www.antifapberg.de.vu

Mail: apb@riseup.net

Bildungsinitiative engagierter

Schüler_innen

Web: www.jup-ev.org/bes

Mail: engagierteschueler_innen@gmx.net

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Web: www.pankow.antifa.net

Mail: eag-berlin@riseup.net

VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.

Web: www.pankow.vvn-bda.de

Mail: bda-pankow@gmx.de

Die aktuelle

Zeitung wurde maßgeblich von folgenden Gruppen erarbeitet.

Bei Anregungen, Kritik oder Lob wendet euch bitte an die entsprechende Gruppe.

JUGENDKLUBS/ LOCATIONS:

Baiz (Prenzlauer Berg)

Christinenstr. 1

www.baiz.info

mts@baiz.info

Bandito Rosso

(Prenzlauer Berg)

Lottumstr. 10a

www.banditorosso.net

info@banditorosso.net

Bunte Kuh (Weissensee)

Bernkasteler Strasse 78

www.buntekuhverein.de

buntekuh@t-online.de

Café Morgenrot

(Prenzlauer Berg)

Kastanienallee 85

www.cafe-morgenrot.de

cafe-kollektiv@web.de

Dosto (Bernau)

Breitscheidstr. 43

www.dosto.de

dosto@dosto.de

JUP (Pankow)

Florastraße 84

www.jup-ev.org

info@jup-ev.org

Garage (Pankow)

Hadlichstraße 3

www.garagepankow.de

info@garagepankow.de

Kurt-Lade-Klub (Pankow)

Grabbeallee 33

www.kurtladeklub.de

info@kurtladeklub.de

Lokal (Mitte)

Rosenthaler Straße 71

www.lokal-berlin.de

Maxim (Weissensee)

Charlottenburgerstraße 117

www.im-maxim.de

info@im-maxim.de

M24 (Pankow)

Mühlenstraße 24

www.myspace.com/deinjugendklub

WEITERE GRUPPEN AUS

DEM BEZIRK:

Antifa Kleinpankow

www.antifakp.de.vu

antifa.kp@web.de

Jugendantifa Nordost

www.myspace.com/jugendantifanordost

North-East Antifascists

www.nea.antifa.de

nea@riseup.net

EMPFEHLENSWERTE

INITIATIVEN

Antifaschistisches

Infoblatt

www.antifainfoblatt.de

Antifaschistisches Pres-

searchiv & Informations-

zentrum

www.apabiz.de

Antisexismusbündnis

Berlin

www.antisexismonline.tk

Hagalil - Webprojekt

zu Antisemitismus und

Rechtsextremismus

www.hagalil.org

Heinersdorf-Bündnis

www.heinersdorf.tk

Inforiot - Nachrichten und

Termine für Brandenburg

www.inforiot.de

Mobile Beratung gegen

Rechtsextremismus

www.mbr-berlin.de

Stressfaktor

www.stressfaktor.squat.net

net

Reach Out - Opfer-

beratung

www.reachoutberlin.de

**Eine Ausgabe nicht bekommen?
Die alten Texte nochmal nachlesen?**

CLICK 

WWW.ROSEN-WEB.DE.VU

LETZTES GEDICHT

VICTOR JARA

ES SIND FÜNFTAUSEND VON UNS HIER
IN DIESEM KLEINEN STÜCKCHEN STADT.
WIR SIND FÜNFTAUSEND.
ICH WÜSSTE GERN, WIE VIELE WIR SIND
IN DEN STÄDTEN UND IM GANZEN LAND?
HIER ALLEIN
SIND ZEHNTAUSEND HÄNDE, DIE PFLANZEN
UND DIE FABRIKEN BETREIBEN.
WIEVIEL MENSCHLICHKEIT

AUSGESETZT DEM HUNGER, DER KÄLTE, DER ANGST, DER QUAL,
DER UNTERDRÜCKUNG, DEM TERROR, DEM WAHSINN?
SECHS VON UNS SIND VERLOREN
WIE IM WELTRAUM.

EINER TOT, EINER GESCHLAGEN, WIE ICH NIE GEGLAUBT HÄTTE,
DASS EIN MENSCHENWESEN GESCHLAGEN WERDEN KANN.

DIE ANDEREN VIER WOLLTEN IHRE QUALEN BEENDEN -
EINER SPRANG INS NICHTS,

EINER SCHLUG DEN KOPF GEGEN DIE MAUER,
ABER ALLE MIT DEM STARREN BLICK DES TODES.

WAS FÜR EIN GRAUEN DIE FRATZE DES FASCHISMUS SCHAFFT!
SIE FÜHREN IHRE PLÄNE MIT DER PRÄZISION VON MESSERN AUS.

IHNEN IST ALLES GLEICH.

FÜR SIE IST BLUT WIE EIN ORDEN,
SCHLÄCHTEREI EINE HELDENTAT.

O GOTT, IST DAS DIE WELT, DIE DU GESCHAFFEN HAST?
DAFÜR DEINE SIEBEN TAGE VOLL WUNDERN UND TATEN?

IN DIESEN VIER WÄNDEN GIBT ES NUR EINE ZAHL,
DIE SICH NICHT VERMEHRT.

DIE SICH MEHR UND MEHR NACH DEM TODE SEHNT.

ABER PLÖTZLICH ERWACHT MEIN GEWISSEN
UND ICH SEHE DIESEN STROM OHNE HERZKLOPFEN,
NUR DEN RHYTHMUS VON MASCHINEN

UND DIE MILITÄRS, DIE IHRE HEBAMMEN-GESICHTER AUFSETZEN,
VOLLER ZÄRTLICHKEIT.

LASST MEXICO, CUBA UND DIE WELT
GEGEN DIESE SCHÄNDLICHKEIT PROTESTIEREN!

WIR SIND ZEHNTAUSEND HÄNDE,
DIE NICHTS PRODUZIEREN KÖNNEN.
WIE VIELE VON UNS IM GANZEN LAND?

DAS BLUT UNSERES PRÄSIDENTEN, UNSERES COMPAÑEROS,
WIRD KÜHNER KÄMPFEN ALS BOMBEN UND MASCHINGEGEWEHRE!

AUCH UNSERE FAUST WIRD WIEDER KÄMPFEN.

WIE SCHWER IST DAS SINGEN,
WENN ICH DEN SCHRECKEN SINGEN MUSS.
DEN SCHRECKEN, DEN ICH LEBE,

DEN SCHRECKEN, DEN ICH STERBE.
MICH SELBST UNTER SO VIELEN SEHEN
UND SO VIELE AUGENBLICKE DER UNENDLICHKEIT,

IN DENEN SCHWEIGEN UND SCHREIE
DAS ENDE MEINES GESANGES SIND.

WAS ICH SEHE, HABE ICH NIE GESEHEN.
WAS ICH GEFÜHLT HABE UND WAS ICH FÜHLE,
WIRD DEN AUGENBLICK ERSCHAFFEN ...

Victor Jara war ein bekannter sozialistischer Sänger und wurde während der Militärdiktatur in Chile ermordet. Dieses Gedicht ist das letzte überlieferte, das er schrieb.